

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

135 (13.6.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Sequenzpreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatl. 1.80 M., vierteljährl. 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.40 M., vierteljährl. 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 und 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzettel od. deren Raum 25 A, zugügl. 80 % Teuerungszugl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/2 9 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Die Unabhängigen und die Freiwilligen-Verbände.

Berlin, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die die „V. Z. am Mittag“ erzählt, hatten die Verhandlungen zwischen den Unabhängigen und den Freiwilligen-Truppen einen weit größeren Umfang, als aus den Mitteilungen Noskes auf dem sozialdemokratischen Parteitag hervorgeht. (Siehe auch unsern heutigen Bericht über den Parteitag, D. Med.) Sie haben sich auf die gesamte Reichswehr erstreckt und haben bereits vor mehreren Wochen eingeleitet. Die Beauftragten der Unabhängigen erklärten den Führern der Freiwilligen-Truppen, daß das Kabinett Scheidemann sich nicht mehr lange werden halten können und die Unabhängigen alsdann die Regierung übernehmen würden. Eine Regierung der Unabhängigen müßte sich genau wie jede andere auf eine militärische Macht stützen, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Organisation und die Rechte der Freiwilligen-Truppen würden unangefastet bleiben. Die von den Unabhängigen ins Vertrauen gezogenen Militärs verlangten, daß die ihnen in Aussicht gestellten Zusicherungen schriftlich gegeben würden, was die Unabhängigen aber ablehnten. Die Führer der Freiwilligen Truppen haben die Verhandlungen mit Wissen und mit Billigung des ganzen Kabinetts weitergeführt, um so die Pläne der Unabhängigen, von welchen der Sturz der Regierung für die nächsten Tage in Aussicht genommen war, genauer zu erfahren.

Scheidemann zur Friedensfrage.

W. Weimar, 12. Juni. In der heutigen Sitzung des sozialdem. Parteitages führte Scheidemann zur Friedensfrage aus: Der wahre Sinn der uns vorgelegten Friedensbedingungen ist der, daß der siegreiche Kapitalismus Deutschland seine Wirtschaftsförmigkeit zurückgewinnen will. Das ganze deutsche Volk soll zu einem Lohnarbeitervolk gemacht werden, das für einen fremden Kapitalismus für einen Hungerlohn bis zur Erschöpfung arbeiten soll. Der Kampf geht jetzt nicht mehr gegen den deutschen Kapitalismus, sondern gegen den deutschen Sozialismus. (Lebhaftes Zustimmung.) Die gesamte Welt, nicht nur das deutsche Volk, strebt nach einem dauerhaften Frieden, und die ganze Welt ist darin einig, daß er in den Beschlüssen des Bierereates nicht zu finden ist. Wir haben Verhandlungen in Versailles gesucht, Mann gegen Mann und in der Öffentlichkeit der Völker, nicht um zu handeln, nicht um zu feilschen, sondern um Verständigung und Verständigung zu suchen. Wir wollen und sind bereit dafür jegliche Opfer aus unserer Volkskraft herauszuholen, die wir bringen können, ohne die Volkskraft selbst zu zerstören. Man hat geplatzt, uns mit Machtworten einschüchtern zu können, genau so wie es die deutsche Politik in Russland gegenüber tun zu können glaubte. Wir haben unsere politischen Angebote gestellt, nicht weil wir uns als die Schwächeren vor dem Stärkeren beugen mußten, sondern weil wir erkannt hatten, daß nicht alle Forderungen der Gegner ungerecht waren. Sollten die Gegner keine Soldaten mehr auf den Beinen und keine Regeln mehr in den Gewehren, dann sollte es für uns erst recht, das zerlähmte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen. Wir rufen unseren Gegnern zu: Wir sind bereit mit euch einen heilsamen Vertrag zu schließen, einen Vertrag, der uns nicht diktiert wird, sondern einen Vertrag, den unter freier Willen erfüllen kann. Er soll als ein gerechter Friede den letzten Krieg der Welt abschließen.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 12. Juni. Man glaubt, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe am Freitag Nachmittag überreicht werden kann, spätestens aber am Samstag. Die Uebersage wird ohne irgendwelche Feierlichkeit in der gleichen Art geschickt, wie bei der Mitteilung der Antworten auf die früheren Noten des Grafen Brockdorff-Rantau. Was die Entschädigung betrifft, so hat der Biererrat beschlossen, in den ursprünglichen Bedingungen keine arundlegendenden Änderungen eintreten zu lassen. Auch in der Transaktion der Schäden wird keine Änderung eintreten. Der französische Vorschlag ist völlig anerkannt worden. Danach wird die Höhe der Entschädigung nicht sofort festgelegt werden. Die Deutschen werden nur die Möglichkeit haben, ihre Vorschläge über die Höhe der Entschädigungen, die sie jährlich zahlen wollen, zu machen. Eine starke Zahl wird im Vertrag nicht figurieren. Was Oberösterreich betrifft, so wurde die Vornahme einer Abstimmung trotz des Widerpruches Clemenceaus vorgezogen. Inzwischen wurde auf Verlangen der französischen Delegation ein ernsthaft in Betracht kommender Zusatzantrag angenommen. Es werden für die festgesetzten Fristen, sowie für die Abstimmungsabführungen Garantien verlangt. Die Modalitäten der Zurückführung Deutschlands in den Völkerverbund wurden nicht bestimmt. Die Kommission äußerte sich in günstigem Sinne. Die französischen Delegierten werden Einwürfe vorbringen, die sich einem unterzähligen oder beschränkten Eintreten Deutschlands in den Völkerverbund widersetzen. Als Konsequenz des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund wurde keine Entwaffnungsmassnahme in Betracht gezogen. Sobald Deutschland Mitglied des Bundes sein wird, wird es die gleichen wirtschaftlichen Vorteile bezüglich der Wirtschaft genießen, wie die anderen Mitglieder. An der Note,

die die Antwort begleiten wird, werden die Ergebnisse der Entschädigungskommission genau festgelegt. Die Ergebnisse werden einer doppelten Notwendigkeit entsprechen und sich auf finanzielle und mit dem Budget zusammenhängenden Gebieten erstrecken:

1. Es müssen die jährlichen von Deutschland zu zahlenden Summen festgelegt werden.
2. Der deutsche Steuerzahler muß ebenso stark belastet werden, wie die am meisten belasteten Steuerzahler der Alliierten.

Die deutschen Delegierten werden eine Frist von 6 bis 8 Tagen erhalten, um ihre endgültigen Beschlüsse bekanntzugeben. In dieser Frist sind die für die Kündigung des Waffenstillstandes nötigen drei Tage enthalten. Wenn die deutsche Regierung die Unterzeichnung des Vertrages verweigern würde, würden die Truppen nach dem Tage nach Ablauf der Frist ihren Vormarsch antreten.

W. Amsterdam, 12. Juni. Die „Times“ melden aus Washington: In dem vom Senator Knox eingebrachten Antrag wird erklärt, daß der Senat einen Friedensvertrag wünscht, durch den Amerika die Ziele, für die es im Kriege teilgenommen habe, erreiche. Der Völkerverbund sei jetzt nötig. Amerika wolle nicht den Mächten dadurch, daß es sich gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ausbreite, für das Zustandekommen des Friedens Hindernisse in den Weg zu legen.

Gärung in der französischen Arbeiterchaft.

Verailles, 11. Juni. Die Confédération-Generale du Travail und die Kartellverbände der Bergleute, Matrosen, Eisenbahner, Gasenarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bauarbeiter haben gestern prinzipiell zum Streik Stellung genommen. Die Kartelle der Bergleute heute eine Mitteilung, in der sie davon Kenntnis nehmen, daß die Bergleute und Seefahrer den Generalstreik auf den 16. Juni festgesetzt haben, falls bis dahin ihre Forderungen nicht völlig durchgesetzt seien. Die Kartelle erklären sich weiter mit den beiden Gewerkschaften solidarisch in dem Wunsch, zu praktischen Resultaten zu kommen, die das Schicksal der Arbeiterchaft und das Land selbst retten. Ferner erklären die Kartelle sich streng an die Beschlüsse des letzten nationalen Gewerkschaftstages zu halten. Der Verwaltungsausschuß der Confédération-Generale du Travail feinerseits nahm gestern Abend eine Tagesordnung an, die Aktion entsprechend den Beschlüssen des letzten nationalen Gewerkschaftstages zu verallgemeinern. Zu diesem Zweck ist eine Zusammenkunft französischer, englischer, italienischer und belgischer Gewerkschaftsorganisationen auf den 14. 6. angesetzt.

Verailles, 11. Juni. Der große Streik dauert in unverminderter Umfang fort. Die Untergrundbahnen und Omnibusgesellschaften können eine Anzahl Untergrundbahnzüge, Omnibusse und Straßenbahnen, die von Streikbrechern geführt werden, in Betrieb erhalten. Mehrere Straßenbahnwagen, die gestern das Depot verlassen wollten, wurden von den Streikenden umgeknorren und in Brand geschickt. Die Polizei benimmt sich sehr zurückhaltend, so daß nur ganz selten Zwischenfälle vorkommen.

Meutereien in Frankreich.

W. Bern, 12. Juni. Ueber die bereits bekannte Meuterei des französischen Infanterie-Regiments in Toulouse erzählt das „Berner Tagblatt“ von zuverlässiger Seite, daß es sich um das Inf.-Regt. Nr. 283 gehandelt habe, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter den Rufen: „Nieder mit Clemenceau!“ Nieder mit dem Krieg!“ und sich weigerte, weiteren Kriegsdienst zu tun. Ein anderes Inf.-Regiment, dem vom Armeekorpskommando die Entloosung der Meuterei anbefohlen wurde, weigerte sich dem Befehle nachzukommen, so daß zur Unterdrückung der Meuterei die reitenden Jäger von Montauban herbeigerufen werden mußten.

Meuterei auf einem engl. Kreuzer.

Amsterdam, 11. Juni. Die „Daily News“ vom 9. Juni bringt eine Meutermeldung, wonach auf dem britischen Kreuzer „Australia“ vor der Abreise aus Fremantle erste Unruhen unter der Schiffsbesatzung stattgefunden haben. Die Mannschaft verlangte, daß die Reize des Kreuzers vorübergeben werde. Da der Kapitän der Forderung nicht stattgab, weigerten sich die Matrosen, Dampf aufzumachen, so daß dies von Unruhen auszuführen werden mußte. Als das Schiff nach einigen Stunden die hohe See erreichte, verließ der Kapitän der Mannschaft die Kriegskasse über Meuterei und Ungehorsam. Erst dann kehrten die Matrosen auf ihre Posten zurück. Etwa 50 Mannschaften wurden verhaftet. Sechs Matrosen erlitten strengen Arrest und werden wahrscheinlich in Sidney vor ein Kriegsgericht gestellt.

Die „Schurken“ an Oesterreich.

W. Amsterdam, 11. Juni. Wie „Der Volk“ meldet, erklärte der englische Arbeiterführer Snowden, wenn die Alliierten weniger darauf drängen würden, Rache an Deutschland zu nehmen und seinen wirtschaftlichen Untergang herbeizuführen, müßten die deutschen Gegenentwürfe als Grundlage einer gerechten Regelung angenommen werden. Zu dem deutsch-oesterreich vorgelegten Friedensvertrag erklärte

Snowden: Ebenso wie die der deutschen Republik vorgelegten Bedingungen, so sind auch diese Bedingungen nichts als eine reine Schurerei. Unter Berufung auf Wilsons 10. Punkt, nach welchem die Völker Oesterreichs die uneingeschränkte Möglichkeit selbständiger Entwicklung haben sollen, erklärte Snowden, die vier Kaiser in Paris haben dies Versprechen dadurch eingelöst, daß Oesterreich eines großen Teiles seines früheren Grundbesitzes beraubt ist, und daß es von drei Seiten von bittfeindlichen Staaten umringt wurde. Nach Ermüdung der ungerechten Bedingungen bezüglich der Auslieferung der Handelschiffe, Regelung der Donauschifffahrt erklärte Snowden, daß die Genfer, die diese Bedingungen festgesetzt hätten, kein Recht hätten, diese Bedingungen Friedensvertrag zu nennen.

Niederländischer Protest.

W. Amsterdam, 11. Juni. „Allgemein Handelsblad“ meldet, daß die Vorstände der niederländischen Arbeiterpartei und der niederländischen Gewerkschaftsvereinigungen beschlossen haben, die Arbeiter von Amsterdam am Montag, den 16. Juni zu einer großen, in der Diamantbörse stattfindenden Protestversammlung gegen den drohenden Gewaltfrieden aufzurufen.

Der Völkerverbund.

W. Rotterdam, 11. Juni. Die amerikanischen Wähler bringen eine Meldung der Associated Press, wonach die Alliierten der Ansicht sind, daß Deutschland in den Völkerverbund aufgenommen werden müsse, da sie wahrscheinlich befürchteten, daß ein Konkurrenzvölkerverbund unter Leitung Deutschlands zustande käme, oder daß es zu einer Vereinigung zwischen Deutschland und Russland käme. — „New York Sun“ berichtet aus Paris, daß sich Clemenceau kurz und bündig geäußert habe, seine Zustimmung dazu zu geben, daß Deutschland in den Völkerverbund aufgenommen werde. Dies bedeutete einen unangenehmen Sieg für den Präsidenten Wilson. — „Intransigent“ berichtet, die Genfer gestatte endlich mitzutheilen, daß Lord Robert Cecil dem Ausschuss der Gesellschaft der Nationen vorgelegt habe, Deutschland zu einem im Voraus bestimmten Zeitpunkt in die Gesellschaft der Nationen aufzunehmen und zwar mit allen Folgen einer solchen Zulassung, nämlich größere Verantwortung für alle, Schuld der deutschen Minderheiten in allen Ländern und Gerobotung der wirtschaftlichen Einschränkungen. Die französischen Mitglieder des Ausschusses hätten die Annahme des Vorschlages abgelehnt.

Der Achtstundentag in Frankreich.

W. Versailles, 12. Juni. Die getriggen Arbeitstendenzen werden, daß die Kammer das Gesetz über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni an in zweiter Lesung einstimmig angenommen hat. In eingehender Weise sprach sich Loucheur über die Folgen des Gesetzes aus. Frankreichs Lage sei, was die Kohlen anbelange, geradezu tragisch. Im März 1918 betrug die Kohlenförderung noch 2.680.000 Tonnen. Im März 1919 sei sie auf 1.880.000 Tonnen gefallen. Er berechnete die tatsächliche Arbeitsleistung nach der neuen Vorlage auf 6 1/2 bis 7 Stunden. Aber unter dem Druck der Verhältnisse müßte sich die Regierung mit der Vorlage einverstanden erklären. — Wie der „Intransigent“ berichtet, richteten sich die Gewerkschaftsorganisationen auf einen längeren Streik ein, so haben die Metallarbeitergewerkschaften Mahnungen für die Streikenden organisiert. Der Verband der Gefrickler hat sich dem Kartell der Arbeitergewerkschaften angeschlossen.

Russland-Finnland.

W. Helsingfors, 12. Juni. Der finnische Minister des Auswärtigen hat durch Funkpruch auf eine Note Lichtschermers geantwortet, die bolschewistische Note sei wie gewöhnlich lügenhaft. Die von den Bolschewisten geboten verübten brutalen Grausamkeiten haben die finnische Jugend veranlaßt, ihr Leben für die Verteidigung des finnischen Volkes in Russland zu wagen. Die finnischen regulären Truppen hätten unangegriffen nicht einen Schuß gegen die Rotetruppen abgefeuert. Die Roteregierung, die die Nationalversammlung mit offener Gewalt aufgelöst und ihre Mitglieder lediglich wegen ihrer politischen Gesinnung festgenommen und gemordet habe, habe kein Recht, im Namen der russischen Arbeiter und Bauern zu sprechen. Sie vertrete den verabsäumungswürdigsten Despotismus. Ueberflüssig sei es mit einer Regierung zu verhandeln, deren Prinzipien darin zu bestehen scheinen, das gegebene Wort zu brechen. Daher benachrichtigte die finnische Regierung die Roteregierung, daß sie sich für berechtigt halte, ohne vorherige Ankündigung die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig erscheinen, um die russische Regierung zur Vernunft zu bringen.

Die Mannheimer Arbeiterchaft gegen den Generalstreik.

Mannheim, 12. Juni. Der Aktionsausschuß zur Einlösung des Proletariats hat, wie die „Tribüne“, das Organ der U.S.B. mitteilt, einstimmig beschlossen, die Mannheimer Arbeiterchaft aufzufordern, am morgigen Freitag anlässlich der Beerdigung von Rosa Luxemburg die Arbeit ruhen zu lassen. In den Betrieben wurde deshalb heute vormittag deswegen eine geheime Abstimmung vorgenommen, an der 61 Betriebe teilnahmen; 8800 Stimmen erklärten sich für, 11.177 Stimmen gegen den Ausbruch, der, wie der am Dienstag geplante, ab zu sein. Gegenwärtig sind noch wachsende Kämpfe.

Badischer Landtag.

Dr. Nachdem das Zentrum jahrzehntelang die Freiheit Andersdenkender mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft, ist es jetzt durch einzelne verurteilenswerte Gesetzentwürfe, die die Entwicklung unserer Verhältnisse mit sich bringen, in die glückliche Lage gekommen, andere der Freiheitsbedrückung anzuklagen. Von dieser günstigen Situation hat es reichlich Gebrauch gemacht, sowohl in der vorgestrigen Sitzung, bezüglich des Terrors gegenüber den antisemitisch organisierten Arbeitern bei Braun, Boveri u. Cie. in Mannheim, wie in der gestrigen Sitzung des badischen Landtags hinsichtlich der Forderung nach Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit, die in Württemberg bedroht wurden. Mit Recht fanden die die Revolution kompromittierenden Ausschreitungen gegen die Freiheit, sowohl bei den Parteien, wie bei der Regierung allgemeine Verurteilung, wenn auch festgestellt wurde, daß von einer religionsfeindlichen Tendenz hierbei keine Rede sein könne und die ganze Aktion nur der allgemeinen Mißstimmung eines ausgehungerten, jahrelang betrogenen Volkes entspringe.

Aus der gestrigen Sitzung wäre dann neben einigen antisemitischen Zwischenrufen von Zentrumsseite noch zu erwähnen, daß Herr Schöfer — trotz seines revolutionären Temperaments — es ablehnt, Revolutionär zu sein, daß Herr Spang auch in 4 Jahren Krieg nicht die Verhältnisse einer guten Kinderstube einholte, daß der deutschnationale Herr Mayer-Karlstraße nicht verstehen kann, daß unser Genosse Maier-Heidelberg, der wirkungsvoll unseren Standpunkt vertrat, das Todesurteil an einem Manne wie Levine, der sich mit Bürgerblut bedeckte, verurteilte, was uns umso unverständlicher ist, als doch die Fremde des Herrn Mayer-Karlstraße so liebevolles Empfinden für jene Gewalttätigkeiten bekamen, die das Blut von Millionen deutscher Bürger auf dem Gewissen haben.

27. Öffentliche Sitzung.

Gr. Karlsruhe, 12. Juni.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.35 Uhr.

Zur Tagesordnung stehen verschiedene Interpellationen.

Abg. Gerke (D.Nat.) begründet seine Interpellation bezüglich Errichtung einer Haltestelle bei der Gemeinde Uffingen an der Odenwaldbahn.

Ministerialrat Wolpert teilt mit, daß der Wunsch bisher wegen der früheren Steigung der Bahn nicht entprochen werden konnte. Nunmehr soll jedoch dem Wunsche entsprochen werden und demnach dem Landtage eine diesbezügliche Anforderung von 44 200 M. vorgelegt werden.

Die Abg. Kausch (Soz.) und Gerke (D.Nat.) danken der Regierung für das Entgegenkommen.

Abg. Seubert (Str.) begründet seine Interpellation, die eine Haltestelle zwischen Oalheim und Schiltach (bei der Einmündung des Sulzbaches in die Kinzig) wünscht.

Ministerialrat Wolpert teilt mit, daß die Regierung bereit ist, so bald als möglich die Haltestelle zu errichten. Einer Anforderung von 60 000 M. bedarf es hierzu nicht.

Abg. Schöfer (Str.) begründet seine Interpellation über den Schutz der persönlichen und Gewissensfreiheit, in der gefragt wird, ob der Regierung bekannt ist, daß die zu religiösen Übungen im Exerzitenhaus in Württemberg des Amtes Lörrach veranordneten Frauen durch den Arbeiterrat gestört wurden, sofort Anhalt und Ort zu verlassen. Durch diese Handlung ist der § 18 Abs. 1 der Verfassung schmächtig verletzt worden. Was hier gescheh, ist keine Freiheit, sondern Brutalität. Man darf der Ansicht vor, sie häusere — es gibt auch anderswo häusere. Kein einziger Punkt der Anklagen gegen die Anstalt wie Schwarzschladen etc. erwies sich als richtig. Der Arbeiterrat machte sich zum Sprachrohr von schlimmen Elementen statt ihnen entgegenzutreten. Die tatsächlich Schuldigen sind Elemente, die man nicht lassen kann. Es ist nicht die Bürgerchaft und nicht die Arbeiterchaft von Württemberg. Es sind Elemente, deren Biographie draußen stand. Wir haben nachgerade genug von diesem Gesindel und genug von den russischen Subeln (Zwischenruf im Zentrum: Russische Juden. Abg. Kraus: Auch Deutsche gehen ins Ausland. Zwischenruf im Zentrum: Es gibt auch deutsche Juden.) Die Regierung hat die Pflicht, das Volk zu schützen.

Minister Klemme:

Alle diese Dinge beweisen, wie gerissen das Volk eben ist. Wenn wir unser heutiges wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben betrachten, wird manches verständlich. Der Bauernstand ist ebenso gerüttelt wie die Arbeiterchaft. Es gibt weite Kreise der Bevölkerung, die immer noch nicht sehen, wie das Volk darben muß. Man möchte den Leuten die Faust zeigen, wenn die Damen mit Speisefrüchten herumlaufen, weil es die Franziskaner auch tun, wenn die Hühner der 1. und 2. Wagenklasse ihre Wurst und Lederbissen essen. Wenn man diese Dinge sieht, so versteht man, wenn die arbeitende Bevölkerung in Kurorten zur Selbsthilfe gegen die Fremden schreibt. Es heißt allgemein das Vertrauen zu den alten Herren. Allgemein besteht Mißtrauen. Es besteht daher auf allen Gebieten die Notwendigkeit zur Einleitung. Der vorliegende Fall fällt in die Frage des Fremdenverkehrs ein. Es wurde Schließung des Fremdenverkehrs im Schwarzwald verlangt. Da dies nicht angängig war, wurde eine bestimmte Ordnung festgelegt. Doch wurde diese nicht eingehalten. Dazu kommt die Ausnutzung der heutigen Zeit zu politischen Zwecken. Der wahre Hintergrund der Vorgänge ist neben der Lebensmittelpolitik der Kampf gegen die Fremden Gäfte und der Versuch, die Massen immer weiter nach links zu treiben. Vertreter der Parteien, die hinter diesen Bestrebungen stehen, sind jedoch in diesem Hause nicht zu finden. Der Volkst, den wir zu dieser Frage vernahmen, erklärte, daß hinter dem württembergischen Vorgehen keine religionsfeindlichen Tendenzen stehen. Die Stimmung entspann und wurde verwickelt durch den Fremdenverkehr, den die Exerziten brachten. Um weitere Störungen zu verhindern, wurde daher Einstellung der Exerziten verlangt. Der Volkstrot verlangte, daß die Teilnehmer der Exerziten ihre Lebensmittel von zuhause mitnehmen und dies vom Volkstrot kontrolliert würde. Doch wurde dies nicht angenommen und auf die weitere Abhaltung der Exerziten verzichtet. Es handelt sich um Verleger über die schlechte Ernährung. Selbstverständlich ist die Regierung gewillt, den Schutz zu gewähren, der für die Ruhe in Württemberg nötig ist. Wir haben deshalb dort eine stärkere Gendarmerie zusammengezogen. Wenn wir jetzt in nächster Zeit die schwerste Not hinter uns bekommen, werden derartige Vorgänge aufhören.

Es wird in die Beipredung der Interpellation eingetreten.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Meine Fraktion verurteilt die Gesetzentwürfe in Württemberg wie alle Gewalttäten. Die Dinge liegen jedoch so, daß von antisemitischer Tendenz in Württemberg keine Rede sein kann. Für die Leute war einzig maßgebend die Ernährungsfrage, indem sich die Leute durch das Exerzitenhaus benachteiligt glaubten. Nach den Erhebungen scheint wenig oder gar nichts an der Behauptung richtig zu sein, daß Scheidemanns Anrede an der Exerzitenhaus gehalten wurden. Doch war diese Meinung verbreitet. Weiter führte

sich die Bevölkerung benachteiligt, weil Lebensmittel der Gemeinde für den Fremdenverkehr ans Exerzitenhaus geliefert wurden. Eine unabhängige oder spartanische Tendenz scheint mir in jener Zeit in Württemberg nicht vorhanden gewesen zu sein. Sätte man dem Volkstrot eine gewisse Kontrolle über die Lebensmittel eingeräumt, so wäre es besser gewesen. Gegen das Vorgehen gegen wehrlose Frauen muß man schon vom menschlichen Standpunkt aus protestieren. Eine Verhängung wird sich jetzt sehr wohl ermöglichen. Gegen die Verhängung der Gendarmerie habe ich starke Bedenken. Dies wird noch mehr Mißmut erregen. Wenn weiterer Widerstand geleistet wird, so hat sie Recht, wenn sie mit allen Mitteln die Freiheit aufrecht zu erhalten sucht. Doch sollte sie nicht von vornherein mit solchen Maßnahmen kommen, die Vergernis erregen. Im übrigen sind die Gesetzentwürfe aus der allgemeinen Situation zu erklären. Nötig ist es, daß alle Kreise der Bevölkerung, die den Willen zum Aufbau haben, an der Erziehung des Volkes mitwirken, das zum Teil verführt wurde. (Zwischenruf: Levine.) Levine war kein Verbrecher, sondern ein Ehrenmann. Ich halte es für eine Unannehmlichkeit, daß man ihn erschossen hat. (Abg. Kraus: Es gibt viel größere Verbrecher an deutschen Rellen als Levine, die frei herumlaufen.) Man sollte die politischen Hypotheken in Kalkulation bringen. Dann wird es besser.

Abg. Frau Siebert (Str.) wundert sich, daß niemand da war, die Frauen zu schützen. Es ist den Frauen nicht über zu nehmen, wenn sie in dem Vorgehen nichts anderes sehen, als einen Ansturm gegen ihre religiöse Überzeugung. Wir verlangen unbedingten Schutz der persönlichen Freiheit.

Abg. Nisch (Soz.):

Ich halte die ganze Sache nicht für eine Staatsaktion, zu der sie die Zentrumspresse machte. Das Unternehmen in Württemberg ist, wie mir mitgeteilt wird, ein kapitalistisches Unternehmen. Trotz schlechter Lebensmittelversorgung in Württemberg, blieb die Bevölkerung den Fremden gegenüber ruhig. Nachdem jedoch die Arbeiter heimkehrten und die Lebensmittelknappheit sahen, schlugen sie vor, die Exerziten vorerst zu unterlassen. Da dies nicht geschah, kam es zum Antrag des Volkstrot auf Räumung des Exerzitenhauses, um Unruhen zu vermeiden. Der Volkstrot in Württemberg stellt fest, wie es in dem hier vorliegenden Schreiben lautet, daß es sich bei dem württembergischen Unternehmen vor allem um ein Geschäft handelt. Es handelt sich vor allem um die Magenfrage, die die Stimmung des Volkes hervorrief. Ich möchte dem Herrn Minister raten, von der Verhängung der Gendarmerie abzugehen, damit nicht doch noch Blut in Württemberg fließt. Was Ihnen (zum Zentrum) in Württemberg passierte, ist uns in Düringen passiert. Es ist eben immer gefährlich an der Magen- und Existenzfrage zu rütteln.

Abg. König (Dem.) stellt fest, daß alle Parteien die Beeinträchtigung der Freiheit mißbilligen. Ich anerkenne, daß die Führer der Sozialdemokratie einen schweren Stand haben, sich durchzusetzen. Ich hoffe, daß auf die Worte der Regierung Latein folgen.

Abg. Mayer-Karlstraße (D.Nat.) stellt fest, daß der Abg. Maier, der Regierungsminister von Heidelberg, bei Levine für einen Mann eintrat, der sich mit Bürgerblut bedeckte (Abg. Maier-Heidelberg: Es gibt noch ganz andere). Wer sind denn die Menschen, die ständig im Eisenbahnwagen essen, die teure Schokolade kaufen und deren Damen mit Speisefrüchten laufen. Es sind dies Menschen mit sehr geringen moralischen Qualitäten. Hier muß der Staat mit strenger Gewalt eingreifen. In Konstantz sitzen die Gafstöße voll mit Schiebern und Schmugglern.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Nachdem mich der Abg. Mayer-Karlstraße als Regierungsminister apostrophierte, komme ich nochmals auf den Fall Levine zurück. Levine, den ich lange vor der Revolution persönlich kannte, ist ein großer Ehrenmann zu nennen. Levine nahm an dem Aufstand teil. Aber es kann ihm nicht Teilnahme an Mordtaten vorgeworfen werden. Er war ein Revolutionär. Aber Revolutionäre sind mir in alle bis auf eine kleine Schicht der rechten Seite. (Abg. Schöfer (Zentr.): Ich lehne es ab, Revolutionär zu sein.) Viel schlimmer als ein Revolutionär, der für seine Ziele kämpft, ist ein Feldherr, der Hunderttausende von Menschen aufs Spiel setzt, um sein Ziel zu erreichen. (Zwischenruf: Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Tribüne.)

Minister Klemme: Selbstverständlich soll Gendarmerie nur eingesetzt werden, wenn jede Verständigung ausgeschlossen ist. Wie schwer die Regierung zu arbeiten hat, geht schon daraus hervor, daß sie alle Mühe hatte, die achtstägige Landestroneur durchzuführen. Mit der Staatsgewalt allein kommt man da nicht durch. Hier ist vor allem Erziehung des Volkes nötig.

Abg. Fr. Weyerle (Zentr.) weist darauf hin, daß Konstantz von allen Teilen Deutschlands aufgesucht wird zu Zwecken, die wenig mit Erholung zu tun haben.

Abg. Schöfer (Zentr.) stellt fest, daß seine Fraktion reiflos es ablehnt, Revolutionäre zu sein. (Abg. Kraus: Lubendorf hat die Revolution gemacht.) Ohne die nordischen Sendlinge hätten wir keine Revolution gehabt. Der Abg. Maier sprach unter dem Beifall der Tribüne. Hier wollen wir keine Neuerung einführen. Die einhimmige Verurteilung der württembergischen Gesetzentwürfe freut mich. Ich halte gefasst, daß Herr Nisch durch meine Ausführungen benachteiligt wird, das Schreiben von Württemberg, das demütlich vom dortigen Parteiführer stammt, zu verlesen, in dem das Unternehmen als kapitalistisch bezeichnet wird. Die Bevölkerung von Württemberg entrißte über diese Vorgänge. Mit den Ausführungen des Abg. Maier-Heidelberg über die württembergischen Vorgänge bin ich einverstanden. Es sollte möglich sein, den demütigsten Teil der Bevölkerung wieder zur Ordnung zurückzuführen.

Vizepräsident Muser macht darauf aufmerksam, daß es ungebührlich ist, daß die Tribüne Beifall spendet.

Abg. Nisch (Soz.) stellt fest, daß es sich bei der ganzen Frage um eine Staatsaktion des Zentrums handelt, um damit Geschäfts zu machen. Ich möchte nochmals raten, die Exerziten so weit als möglich einzuschränken. In heutiger Situation darf das Volk nicht noch mehr gereizt werden. Die religiöse Betätigung darf nie mehr beschränkt werden. Aber auf die Verhältnisse muß Rücksicht genommen werden. Es ist deshalb nicht nötig, daß die Leute nach Württemberg fahren.

Abg. Amann (Zentr.) stellt fest, daß es leider mit den Konstantz Verhältnissen so ist, wie dargestellt wurde. Schuld daran ist zumteil die alte Regierung. Jedoch ist es nicht besser geworden.

Abg. Schöfer (Zentr.) weist zurück, daß die Interpellation eingebracht worden sei, um Zentrumsgehäße zu machen. Abg. Nisch tat seiner Partei keine Dienste, indem er die Stimmung noch steigerte.

Abg. Nisch (Soz.) stellt fest, daß es ihm fern lag, die Stimmung in Württemberg weiter zu steigern. Es handelt sich in Württemberg nicht um Spartaisten und nicht um Russen, sondern die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Württembergs steht wegen der Lebensmittelfrage hinter diesen Maßnahmen. (Abg. Spang: Woher hat Nisch seinen Sped?) Ich verrete hier die Auffassung der württembergischen Arbeiterchaft und stehe zu dieser. Vizepräsident Muser weist den Zwischenruf des Abg. Spang (Zwischenruf: Wieshof!) zurück.

Abg. Schöfer (Zentr.) bedauert beide Zwischenrufe.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) bemerkt, daß ihm die Forderungen des Abgeordneten Schöfer über die Revolution nicht richtig erschienen. Was geschah, geschah verfassungsmäßig. Denn auch Abg. Schöfer erklärte, das oberste Gesetz ist der Wille des Volkes. Die Revolution vom 9. November geschah so geschäftlich, daß kein Jurist sie beanstanden könnte. Mit der Revolution und

der Beseitigung der alten Zustände latein wir ein gottgewolltes Werk. (Große Heiterkeit.)

Die Beratung der Interpellation wird geschlossen.

Abg. Nisch (Soz.) wünscht baldige Beantwortung seiner Interpellation über die Verhältnisse an der Schweizer Grenze.

Schluß der Sitzung: 12.30 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

Zentrums-Partikularisten. Die Zentrumspartei hat im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, daß die Verfassungskommission alsbald beauftragt wird, im Verein mit der Regierung den Entwurf einer Verfassung für das deutsche Reich, wie er aus der ersten Lesung des Verfassungsausschusses des Reichstages hervorgegangen ist, nachzuprüfen und sich schlüssig zu machen, wie er zu weit gehenden Vereinheitlichungsbestrebungen im Interesse der Erhaltung der inneren Selbständigkeit der Einzelstaaten wirksam entgegengetreten werden kann.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Baden. Die Deutschdemokratische Fraktion des bad. Landtages hat folgende Interpellation eingebracht: „Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt wird durch den Friedensvertrag und durch die schlechte Valuta demart erschwert, daß in absehbarer Zeit eine starke Zufuhr von Lebensmitteln zur ausreichenden Ernährung unserer Bevölkerung vom Auslande nicht zu erwarten ist. Bei dieser Lage der Dinge ist der Ausbau der heimischen Landwirtschaft, die Steigerung ihres Ertrages die wichtigste Aufgabe der Regierung und eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Welche Maßnahmen wird die Regierung sofort ergreifen, um die landwirtschaftliche Produktion in Baden zu steigern, neues Ackerland zu gewinnen, schlechtes Ackerland und Weiden zu verbessern, die Zahl der selbständigen Bauern zu vermehren?“

Interpellationen und Anträge im bad. Landtag. Die Deutschdemokr. Fraktion hat im Landtag folgende Interpellation eingebracht: „Aus welchen Gründen werden die Volkswehren im bisherigen Umfang aufrecht erhalten? Ist das badische Volkstrot noch nicht soweit formiert, daß es zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausreicht? Ist die Regierung entschlossen, alsbald den Abbau der Volkswehren nach einem bestimmten Plane vorzunehmen?“

Der demokratische Abg. Red hat mit der Unterfraktion seiner Fraktion folgende Anträge im Landtag eingebracht: „1. die Regierung zu ersuchen, die Ausübung der Jagd im Hardwald, — etwa nördlich des Eggenheimer-Tagesberges, — öffentlich zu verpachten, 2. die Regierung zu ersuchen, das noch im Hardwald befindliche Wild — Girsche und Wildschweine — in einem noch näher zu bezeichnenden abgetrennten Bezirk zu sammeln und zu erhalten, ferner diesen Park als Landeswildpark jedermann zugänglich zu machen.“

Der Parteitag.

Weimar, 11. Juni 1919.

Das Referat des Gen. M. E. S. blieb nicht ohne Eindruck. Einen scharfen Trennungspunkt gab auch er zwischen der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei. Er legte sich entschieden für die Einigungsbestrebungen mit der U.S.D. ein. Er betonte dabei, daß beide Parteien ein und dasselbe Programm gemeinsam haben, das eine Brücke bildet, auf der man sich einig zusammenfinden kann. Der vorgeschlagene Einigungswille hindere ihn aber nicht, mit den Agitationsmethoden der U.S.D. gründlich abzurechnen. Nicht immer fand er dabei die Zustimmung des Parteitag. Widerstand zeigten keine Ausführungen einen Teil der Delegierten zu beständigem Widerspruch. Das Referatmaterial, mit dem Wels arbeitete, war aber so erdrückend, daß der Widerstand langsam verstumte. Das warme und ungenügende Bemühen zur Internationalen führte zu einer stürmischen und spontanen Beschlussempfehlung des ganzen Parteitag. Es war geradezu erbebend, mit welcher Enthusiasmus und Offenheit der Parteitag die Ausführungen des Referenten und die Internationalen begrüßte.

Die Ausführungen des Gen. M. E. S. U. über den Stand der Parteipresse waren im Grunde eine schwere Anklage gegen die Parteipresseverteilungskasse des Reichstags. Ungegriffen ist, wie die sozialdemokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung dem scharfen Kampf, den die Parteipresse um jedes Gramm Papier mit den Behörden führen mußte, tatenlos bis auf den heutigen Tag zugehört hat. Das Anklagematerial, das Schulz dem Parteitag vortrug, war so durchschlagend, daß wir hoffen müssen, daß in der Parteipresseverteilung etwas geschieht. Erkennen unsere Genossen in der Regierung, was es heißt, wenn der Vertreter des Parteivorstandes vor dem Parteitag erklärt, daß der Parteivorstand einige Hunderttausend Abonnenten mehr werden könnte, wenn die Parteipresseverteilung eine bessere gewesen wäre. Soll die Partei weiter unter der ungenügenden Parteipresse leiden? Die Proteste und Weisungen, die dem Genossen Schulz entgegenbrachten, werden hoffentlich auch die Genossen in der Regierung geschulden und entsprechend handeln.

In der nun folgenden Aussprache, die sich sehr lebhaft gestaltete, wendete sich Genosse M. E. S. U. Nürnberg mit auffällender Schärfe gegen die Unabhängigen. Auch er trat für die Einigung ein.

Einen bedeutungsvollen Augenblick erlebte der Parteitag als der wohl am besten gesehene Gen. N. S. U. in seiner Eigenschaft als Reichswehrminister das Rednerpult bestieg und zu sprechen begann. Klar und bestimmt, ohne jede Einschränkung sprach er über die ihm gestellte Aufgabe, und merkwürdiger Weise, der sich sehr schnell füllte, löschte sich mit einer Aufmerksamkeit, wie sie nur wenige Diskussionsredner für sich haben. Aber nach merkwürdiger Weise, daß N. S. U. bei keinen Ausführungen sehr wenig Widerspruch, aber wiederholt starken Beifall gefunden hat. Scharf wendete auch er sich gegen die schneidenden Ueberschriften, die sich die Truppen da und dort zuschulden kommen ließen und ver sprach dem Parteitag in ganz bestimmter Form Abhilfe. Das Wort „Mißhand“, als den er bezeichnet wird, rang aus seinem Munde fallam. Er sprach es selbst aus in Verbindung mit den Panatortvorgängen, als er vom Berliner Zentralrat mit allen Vollmachten ausgestattet worden ist.

Nicht ohne Eindruck blieben die Mitteilungen, daß der ehemalige Volksbeauftragte Barth von der U.S.D. mit dem kommandierenden General der Kavallerie-Schützen-Division in Berlin in Verhandlungen eingetreten ist und sich davon zu überzeugen suchte, daß die Freiwilligenverbände sich den Unabhängigen zur Verfügung stellen müßten, wenn es zum Schutz der jetzigen Regierung kommen soll. N. S. U. erklärte weiter, daß die Militärjustiz in ihrer alten Form in den nächsten Tagen fallen wird. Ebenso wird rücksichtslos unter Offizieren wie Mannschaften aufgeräumt werden. Die Entlassungen

werden ohne jede Rücksicht durchgeführt. Erregt wurde Moske, als er aus die Vorwürfe der eigenen Parteipresse gegenüber zu sprechen kam. Er erwartete von ihr zwar keine Zurückhaltung, aber mehr Würdigung der Umstände, unter denen er zu arbeiten hat. Er schloß mit dem sehr klaffenden Satz: Ich stehe nicht auf meinem Kopfe, weil er mir besonderes Vergnügen macht, sondern weil ich dort im Interesse der Partei stehe und zu bleiben habe, und ich harre aus!

1. Verhandlungstag. (Schluß)

Rummehr erstattet

Otto Wels den Bericht über

die politische Tätigkeit des Parteivorstandes

dem Würzburger Parteitag.

Umkle und schöner liegt die Zukunft vor uns. Unser Schicksal hat der siegreiche Ententeimperialismus in Händen, der in Deutschland den internationalen Sozialismus treffen will. Deshalb ist unser Kampf für einen ertragreichen Frieden zugleich ein Kampf für die internationale Sozialdemokratie. Der letzte Herbst brachte uns den völligen Zusammenbruch unseres Volkes. An der Grenze der Katastrophe werden wir noch jahrelang zu leiden haben, und diese Folgen werden in uns den Entschluß festigen, daß eine solche Zeit nie und nimmer wieder kommen darf (Beifall). Die herrschenden Gewalten sind in Deutschland wie Staub zerfallen. Im Zusammenbruch hatte das deutsche Volk nur eine Hoffnung, die Sozialdemokratie. So wenig würdevoll, wie der letzte Träger der Hohenzollernkrone nach Holland floh und dort lustig lebt, so wenig groß war noch nie ein Herrscher im Unglück.

Unsere Kriegspolitik

Die immer zugleich auch eine Friedenspolitik war, hat uns das Vertrauen des Volkes im weitesten Umfange errungen. Deshalb ist es ganz unfinnig, wenn man jetzt verlangt, wir sollten nachträglich die Kreditbewilligung mißbilligen. Nur Altruisten und Unabhängige haben den Wahnsinn geglaubt, daß Deutschland mit der Spitze des Schwertes der ganzen Welt den Frieden durchschreiben könnte. Wir haben die ringenden Kräfte richtiger eingeschätzt und unsere Politik auf den Ausgang eingestellt, der eingetreten ist. Während unsere Macht immer mehr wächst, zeigen sich im Innern Zerfaltungserscheinungen. Unwissenheit und Unfähigkeit, sich zurecht zu finden. Viele unserer Genossen sind aus ihrem Arbeitsfeld herausgerissen und in Aemter eingetreten. Auf der anderen Seite eilen Akademiker und Literaten zur Partei, viele allerdings mit klügeltem Purzelbaum über die Partei hinweg gleich zu den Unabhängigen und Kommunisten (Heiterkeit und sehr wahr!) Freilich, das böse Wort: Novembersozialisten, darf kein Heilmittel recht bei uns bekommen (Sehr richtig!). Ingedrängte Verallgemeinerungen verlesen gerade die Besten. Viele Neugeborene aber haben noch nicht die nötige Klarheit im politischen Urteil und daher auch den wilden Beifall und das Drängen nach Einigung. Man vergesse nie, daß wir 50 Jahre lang Oppositions- und Agitationspartei waren, wir haben mehr mit den Bedürfnissen des Tages gearbeitet, als auf weltliche sozialistische Erkenntnis hingewirkt. Wir Aelteren haben jetzt die Pflicht, in der Politik von heute die Entwicklung für morgen vorzubereiten. Wir haben oft den Massen zu viel versprochen. Nicht offiziell, denn noch in Würzburg hat Scheidemann prophetisch gesagt, daß wenn wir nach dem Kriege die politische Macht erobert würden, die Verbunden des erschöpften Körpers sich nur langsam schließen und die ungeduldierten Patienten vielleicht noch gewissenhaften Arzt zum ersten besten Kurpfuscher laufen würden. Das ist in der Tat die Gefahr des Augenblicks.

Im Herbst 1918 erkannten wir den Schalten der drohenden Katastrophe. Wir erfassten den ganzen Ernst der Lage. Trotzdem übernahmen wir einen Anteil an der Regierung in der Hoffnung, das Schicksal unseres Volkes zu mildern. Unter dem Druck wachsender Not regieren wir seit Monaten. Die Partei ist die alte geblieben und vertritt ihre alten Grundsätze: Unsere Minister arbeiten unter dem schwersten Druck äußerer Verhältnisse und Erschütterungen im Innern. Deshalb würden wir das schlimmste Unrecht begehen, wenn wir auch nur von einem Genossen in der Regierung abwenden würden (Sehr richtig!). Die unzufriedenen Kritiker würden uns noch viel härtere Rüsse zum Anden geben, wenn sie in der Regierung handeln müßten. Von einem Personenwechsel versprechen wir uns leider nichts Gutes. Ein Systemwechsel aber ist unentbehrlich, wenn wir nicht auf unsere Grundzüge verzichten wollen. Nach unserer Überzeugung ist vieles verfaulend und viel falsch gemacht worden, in den Bundesstaaten noch mehr als im Reich. Aber gerade in bösen Tagen müssen wir als gute Freunde zu unsern Genossen in der Regierung halten und ihnen offen sagen, wenn sie etwas falsch machen.

Demokratisierung in der Bewusstseinsbildung

geht nicht so vorwärts, wie es notwendig wäre. Die alten Reaktionen haben noch zu viel Raum. Ein Sturm müßte die Reaktionskräfte aufbrechen und die müßige Luft herausjagen (Beifall). Wir kritisieren unsere Freunde in der Regierung mit aller Schärfe, nicht um ihnen das Leben schwer zu machen, sondern um sie daran zu erinnern, daß sie Sachwalter des Proletariats sind. Unsere Kritik soll ihnen den Rücken stärken, damit sie bei den Bürgerlichen mehr durchsetzen. Jede andere Haltung der Partei wäre für unser Volk ein schwerer Nachteil.

Der Würzburger Parteitag hatte uns aufgelegt, ein Aktionsprogramm aufzustellen. Wir sind nicht dazu gekommen. Das Aktionsprogramm wäre auch wertlos gewesen, weil die Dinge sich ständig im Fluß befinden. Keutsh hat ja ein Aktionsprogramm aufgestellt, aber es hat weder bei seinen Freunden, noch bei dem Kreis der „Sozialistischen Monatshefte“ Anbade gefunden. Wir sind der Meinung, daß unser Programm reformbedürftig ist, aber die gegenwärtige Zeit ist für solche Reformen nicht geeignet. Das

Einigungsbedürfnis

bei uns und bei den Unabhängigen findet vollste Unterstützung darin, daß beide Parteien erklären, auf dem Boden des Erfurter Programms zu stehen. Die Unabhängigen belassen sich zwar zum Erfurter Programm, haben sich aber auf ihrem letzten Parteitag zur Rückbitatur bekannt. Was gerade kein besonderer Beweis für Echtheit ihres Bekenntnisses zum Erfurter Programm ist. Der Parteivorstand steht dem Einigungsbedürfnis freundlich gegenüber. Wenn man von uns aber eine bedingungslose Unterwerfung verlangt, dann erklären wir, daß wir es ablehnen, daß wir Sozialdemokraten bleiben wollen und daß man uns ein Opfer dieser Überzeugung nicht zumuten kann (Beifall). Dann gilt für uns das Wort von Karl Marx, daß die Internationale lieber in die Luft sprengen sollte, als sie einem Vorkam in anzubringen. Der alte Grundgedanke der Demokratie wird seine Werkkraft nicht verlieren. Ihm vertrauen wir (Beifall). Wenn wir diesen Boden verlassen würden, auf den sich zuletzt noch der Berliner Kongreß gestellt hat, dann wären wir in der Internationale verwaist als je. Die Parteispaltung in Deutschland ist ein Unglück für unser ganzes Volk und kann zum Unheil für das internationale Proletariat werden. Wären die Unabhängigen Sozialdemokraten, dann könnten wir leichter mit ihnen zusammenkommen. Aber sie sind ein Konglomerat der verschiedensten Strömungen und wissen auch nicht, was sie wollen. Keutsh und Strödel stehen grundhörtig ganz anders als Däumig und Grippen. Keutsh hat es auf dem letzten Unabhängigen Parteitag als glatten Stempel bezeichnet, wie man die Arbeiterklasse jetzt vielfach behandelt, und was sich jetzt an sozialer Kurpfuscheri und politischer Unwissenheit breit machen kann. Die Unabhängigen wollen die Einigkeit nur mit dem Munde, in Wirklichkeit fördern sie die Uneinigkeit. Nur den

Unabhängigen haben wir es zu verdanken, wenn wir keine rein sozialistische Regierung haben. Ohne die Parteispaltung hätten wir die sozialistische Mehrheit und dann hätten wir auch eine sozialistische Regierung. Aber ohne eine Mehrheit im Parlament wäre eine sozialistische Regierung eine Minderheitsregierung, die nach kurzer Zeit zum Tode verurteilt wäre. Das hat selbst die „Freiheit“ als Tragödie Levenes bezeichnet, dessen Erscheinung wir als traurigen Rückfall in die Methoden des alten Regimes beklagen und aufs heftigste verurteilen (Beifall). Das war die Tragödie auf der Münchener Räterepublik und das ist die Tragödie des Sowjetrußlands. Die Einigung des Proletariats ist nur möglich auf dem echt marxistischen Boden der Demokratie. Wir müssen die Massen in ihrer Mehrheit für unsere Ideen gewinnen und dann können wir, gestützt auf die Mehrheitswille, den Sozialismus durchführen. Dann allein machen wir aus der deutschen Republik, was sie bisher noch nicht ist, eine sozialistische Republik.

Unsere Friedenspolitik wird von den Unabhängigen zerissen. Aber gerade Versailles ist die endgültige Rechtfertigung unserer Kreditbewilligung. Alles, was die Unabhängigen uns von England und Frankreich erzählt haben, war Phantasie und Lüge. Sie haben das Volk während des Krieges belogen und betrogen. Die Friedensbedingungen der Feinde zeigen, daß das Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse die Abwehr der Niederlage erfordert. (Sehr richtig!) Auch unsere Revolutionspolitik gefällt ihnen nicht. Wir datieren die Revolution nicht vom 9. November an, uns war der ganze Weltkrieg eine Revolution des Kapitalismus, der sein Reich sprengte, das ihm zu eng geworden war. Wir haben die Revolution auch nicht verstanden, wie das Ledebour am 9. November buchstäblich passiert ist. (Sehr, sehr!). Schon beim Januarstreik 1918 haben die revolutionären Elemente Ledebour mißgesehen, als er unseren Parteivorstand von der Bewegung ausschließen wollte. Am 20. August 1918 berieten die Metallarbeiter mit uns über die Vorbereitung der Revolution. Wieder boten sie uns an, Ledebour zu opfern, wenn keine Person ein Hindernis der einmütigen Aktion sei. Aber wir haben die Bedingungen in Personenzagen gestellt. (Bravo!) Niemand wird die Arbeiterklasse und die deutsche Sozialdemokratie zu trennen vermögen. Diese Einheit ist unlosbar und untrennbar. Wir müssen auf unserem richtigen Wege bleiben, auch wenn politisch unrichtige Einzelteile den Spartakisten nachlaufen. Sie laufen noch einmal den alten Gegenrevolutionären nach, wenn Spartakus sie entläßt hat (Sehr wahr!). Ausschlaggebend für das Datum der Revolution war unser Ultimatum, unsere Politik. Mitglieder des Parteivorstandes sind in Berlin zuerst in die Kavernen gegangen. Scheidemann hat dafür gesorgt, daß die alten Gewalten keinen Widerstand leisteten. Aber trotzdem haben wir die Revolution nicht gemacht, sie kam, sie mußte kommen, sie war nicht zu verhindern. Nebenfalls ist sie nicht durch die gekommen, die mit russischem Gelde Revolver kauften oder schuldig blieben (Heiterkeit). Noch am 23. November 1918, als Emil Barth schon mehrere Wochen in der Regierung saß, hatte er weitere Revolver für seine Anhänger gekauft. Am 10. November bereits gab die „rote Fahne“ die Parole aus, Proletariat behaltet die Waffen. Dann zogen Unabhängige und Kommunisten mit Scheidemanns und Eberts Bild an Gabeln, mit Handgranaten und Maschinengewehren durch die Straßen. Wer diese Argumente in den politischen Kampf einbringt, darf sich nicht wundern, wenn ihm härtere Argumente der gleichen Art antworten (Sehr gut!). Behaltende Berliner Proletariat haben am 6. Januar Waffen gefordert, um die Regierung des Volkswillens zu stürzen. Damals entstanden die ersten Freiwilligenregimenter. Stumm und verlegen stehen unsere Parteigenossen, wenn die demagogische Agitation der Unabhängigen von den schrecklichen Fällen Viehmeder und Lugensburg, Bogel und Marlos spricht. Aber haben sie denn Auer und Neuring vergessen? Ohne die Freiwilligen hätten wir längst Westpreußen, genau wie Posen, verloren. Ohne sie wäre jede Regierung bewaffneten gewaltigen Haufen ausgehert. Wohin der Reichstag auf Nachmittags führt, zeigt der tragische Sternensaal der Münchener Räterepublik. Die habschischen Freiwilligen haben in München abscheuliche und wüste Verbrechen verübt, die Reichswehrformationen haben sich dort einwandfrei und korrekt benommen. Es bedarf eben einiger Zeit, die Truppen Disziplin und Ordnung halten, die die ungeeigneten gewalttätigen, blutdürstigen Elemente aus Führer und Mannschaften entfernt sind. Die Regierung verurteilt aufs schärfste alle Gewalttaten der Freiwilligen, weil sie ihr am meisten schaden (Sehr wahr!). Wir vom Reichstag haben es an Mahnungen nicht fehlen lassen. Aber grundsätzlich kann sich die Regierung nicht entwoaffen. Die einzige positive Leistung der Sowjetrepublik ist ja die rote Armee, ohne Soldatenräte mit eiserner Disziplin, mit den alten Offizieren aus der zaristischen Zeit. Trotz ist nichts anderes als der Noke Auslands (Heiterkeit, entsetzlicher Widerspruch Moskes.)

Die Einigung des Proletariats

haben wir vom 9. November an dauernd angeboten. Die Unabhängigen haben sie zweimal abgelehnt. Sie allein sind schuld, wenn das Proletariat durch Uneinigkeit Schaden leidet. Wir sind noch heute, jeden Tag, zur Einigung bereit. Zur Einigung auf der Grundlage des Erfurter Programms, auf dem Boden der Demokratie. Wir verlangen nicht, was wir 50 Jahre gepredigt haben. Auch in der Partei muß die Mehrheit entscheiden. Die Unabhängigen behaupten ja die Mehrheit zu haben. Wir werden uns nie gegen eine festgestellte Mehrheit auflehnen. So klar und einfach liegt die Frage der Einigung. Nur böser Wille kann sie verwirren. (Sehr wahr!)

Die großen Fragen des Wirtschaftslebens werden nach Friedensschluß unabweisbar zur Entscheidung gestellt. Wir sind fest davon überzeugt, daß nur planmäßig geordnete Wirtschaft Deutschland retten kann. Weder das Reich noch der einzelne Unternehmer erhält den notwendigen Auslandskredit, sondern die Gesamtheit der Betriebe einer Industrie, in Selbstverwaltung zusammengefaßt, unter sorgfältiger Kontrolle des Reiches. Wir stehen zu diesem Grundgedanken. Hier ist der Weg zur Sozialisierung, die unerlässlich ist für die Instandsetzung des deutschen Wirtschaftslebens.

Aber erst müssen wir den Frieden haben. Alle Fraktionen und Parteileitungen der Unabhängigen haben zum Verfaller Entschluß erklärt: „Durch diesen Frieden wird das deutsche Wirtschaftsleben ruiniert, das deutsche Proletariat verlornt und der Keim zu künftigen Kriegen gelegt.“ Und diesen Frieden des Ruins und der Verflauung haben die Unabhängigen von uns gefordert, daß wir ihn unterzeichneten, noch ehe der Wortlaut bekannt war. Noch ehe die Verhandlungen begannen! Das wird kein gewerkschaftlich erzeugter Arbeiter in der ganzen Welt begreifen. Das ist Opposition um der Opposition willen. Gätten wir gesagt, wir unterschreiben, hätten uns die Unabhängigen noch mehr bedrängt. Das Vorgehen der Unabhängigen schädigt die Sache der Friedensfreunde in der ganzen Welt.

Wir haben unsere Pflichten gegen die Internationale stets in Worten und Taten erfüllt. Der Schein spricht jetzt stark gegen die Aktionsfähigkeit der Internationale, aber wir halten mit der ganzen Inbrunst und Liebe eines Glaubens an dem Gedanken der internationalen Menschenverbrüderung fest. Die allumfassende Liebe für alle geknechteten und Beladenen ist so groß und erhaben, daß jede Kritik schweigen muß. Aber die Liebe zur Internationale entzündet sich für uns an der Liebe zum deutschen Volk, das wir in seiner Schmach und in seinem Unglück doppelt lieben. (Stürmischer Beifall.) Wir kennen das gerüttelte Maß von Schuld unserer alten Gewalttäter am Kriege, und nichts wird sie vor dem Richter bewahren. Aber niemand wird mich überzeugen, daß Deutschland allein der Sündenbock ist, der das Unheil über

die Welt gebracht hat, daß der Zar ein Unschuldslammlein war, und der Suchomlownoprozess nie verhandelt wurde, daß Zares nur gegen ein Gespenst gekämpft hat, als er vor der Revanche wartete. Auch in der Internationale gewinnt man nicht Achtung und Ansehen, wenn man sich duckt und im Wasserhemde dastet. Kein Franzose und Engländer hat jemals die Allschuld auf sich genommen. Auch der nationale Stolz ist etwas großes und gewaltiges, und wir Deutsche müssen lernen, deutsch zu fühlen und können es lernen von allen freien Völkern. Wir dürfen uns nicht ducken vor Clemenceau, dem Mann von Blut und Eisen des 20. Jahrhunderts, gegen den Bismarck ein elender Stümper war. (Sehr wahr.)

Wir danken der Internationale für ihre Beschlüsse von Amsterdam, aber auch sie kann uns morgen durch Weltrevolution retten. Wir werden weiter arbeiten müssen mit Handschellen und Ketten an Beinen. Keine Regierung kann die ungeheure Not des deutschen Volkes überwinden, keiner macht ein Knecht in der flachen Hand. Kritizieren Sie nicht nur, zeigen Sie bessere Wege, sonst triumphiert doch schließlich das Chaos. Der Parteitag braucht Zufachentemnis, Wirklichkeitsinn und Verantwortlichkeitsgefühl. Wir weichen nicht ab nach rechts und nicht nach links, wir gehen gerade aus durch die Demokratie zu dem Sozialismus, der Wohlleben, Freiheit und Glück für alle verbürgt. (Stürm. langanhaltender Beifall und Gänkelklatschen.) Die weiteren Verhandlungen werden nach 8 1/2 Uhr auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

2. Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

b. Weimar, 11. Juni 1919

Die Sitzung eröffnet die Sitzung und verliest ein Begrüßungsprogramm des Parteivorstandes Deutsch-Oesterreichs, in dem den Verhandlungen des Parteitages bester Erfolg gewünscht wird. (Beifall.)

Parteis erstattet den Kassenbericht. Der Mitgliederstand hatte zur Zeit des Würzburger Parteitages seinen tiefsten Stand erreicht, er war auf unter 800 000 heruntergegangen. Wir hatten 75 % unserer Mitglieder allein durch die Einziehung zum Heeresdienst verloren. Auch die Parteispaltung wirkte lähmend. So war unsere Mitgliederzahl auf ein Fünftel des Bestandes des letzten Friedensjahres gesunken. Mit der Revolution war ein so gewaltiger Justrom zur Partei verbunden, daß unsere Verwaltungseinrichtungen kaum ausreichten, um den Zuwachs zu bewältigen. Genaue Angaben fehlen, abgesehen von Ost- und Westpreußen, das leider dauernd von uns abgeschnitten bleiben wird, um 83 Wahlkreise. In den übrigen Wahlkreisen hatten wir am 31. März 1919 einen Mitgliederstand von 1 002 292 gegen 349 411 im Vorjahr. Das bedeutet einen Zuwachs von 306 %, natürlich ein völlig anomaler Zuwachs. Wenn wir die Mitgliederzahl in den fehlenden 83 Wahlkreisen hinzurechnen, so haben wir den Mitgliederstand vom 31. März 1914 mit 1 085 800 ungefähr wieder erreicht. Der Zuwachs ist aber ganz ungleich. In den Kreisen, wo ganze Organisationen zu den Unabhängigen übergegangen sind, haben wir trotz starken Wachstums die Mitgliederzahl von 1914 noch lange nicht erreicht. Das gilt besonders für Groß-Berlin, wo wir jetzt über rund 50 000 Mitglieder verfügen gegen 121 000 im Jahre 1914. Ähnlich liegen die Dinge in den Kreisen Halle, Leipzig, Braunschweig und Erfurt. Dagegen sind in anderen Bezirken mit überwiegend kleinstädtischer und ländlicher Bevölkerung die Mitgliederzahlen gewaltig gestiegen: so in Ostpreußen von 10 488 im Jahre 1914 auf 52 581 im Jahre 1919. Gleich erfreulich ist die Steigerung in Pommern. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist gewaltig gewachsen. Sie betrug am 31. März 1914 174 754, am 31. März 1918 70 686 und am 31. März 1919 206 354. Es ist dies die größte Mitgliederzahl an Frauen, die wir je gehabt haben. Diese neuen Kräfte, die uns zuströmen, stellen auch neue Ansprüche. Mit den bisherigen Mitteln der Jahlabende und Mitgliederbesammlungen kommen wir nicht aus. Es muß mehr geschehen, um die neuen Anhänger an die Partei zu fesseln. Die Unabhängigen sprechen von einer Massenflucht. Das ist falsch. Nichtig ist nur, daß ein Zug nach links durch die Massen geht, und daß ebenso wie Mitglieder von uns zu den Unabhängigen, Mitglieder von Unabhängigen zu den Kommunisten gehen. (Sehr richtig.) Die Abgänge werden durch neue Beitritte ausgeglichen. Für die durch die Übernahme aller möglichen Aemter der Agitation entzogenen Kräfte muß Ersatz geschaffen werden. Bei unseren Mitgliedern muß wieder die alte Opferwilligkeit Platz greifen. Mit den bisherigen Beiträgen kommen wir nicht aus, eine starke Erhöhung ist notwendig. Bei den Wahlen hatten wir gewaltige Erfolge. Die Zahlen der Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Landesparlamenten sind bekannt. Aber auch bei den Gemeindevahlen ist die Zahl unserer Vertreter gewaltig gestiegen. In 147 Städten liegt die Zahl der Stadtverordneten von 2700 auf über 7200 und in 3082 Landgemeinden mit 9059 sozialdemokratischen Gemeindevorsetzern auf 18 569 Gemeindevorsetzern. 1914 hatten wir in 80 Städten 154 Magistratsmitglieder, jetzt in 212 Städten 448. Dabei fehlen noch aus fast der Hälfte der Wahlkreise die genauen Angaben.

Auch der Parteipresse hat die Revolution einen sprunghaften Aufschwung gebracht, der ohne die Papiernot noch größer gewesen wäre. Unsere Leser sind von 847 881 am 31. März 1918 auf 1 706 272 am 31. März 1919 gestiegen. Wenig erfreulich sind die Kassenverhältnisse. In den letzten sechs Jahren mußten wir 1 1/2 Millionen Mark dem Parteivermögen entnehmen, erst das letzte Jahr weist eine Besserung auf. Die Wahlschüsse der Partei betragen diesmal nur die Hälfte von 1912 und erreichen nicht eine halbe Million. Künftig sollen 20 % der Ueberflüsse des Parteigeldes an die Hauptklasse abgeführt werden. Die Gehälter unserer Angestellten müssen weiter aufgebessert werden. Auch der Kassenbericht teilt die ganze Schwierigkeit der Lage der Partei. Aber wie es auch kommen mag, eine kräftige Leistungsfähige Organisation werden wir niemals entbehren können. Sie ist als Unterbau unserer politischen Machtstellung wichtiger als je. (Beifalliger Beifall.)

Den Bericht über

Bildungs- und Jugendarbeit

erstattet Heinrich Schulz: Mit Beginn des Krieges wurden uns Lehrer und Massen in Hausen entzogen. Das Bildungswejen stochte ganz, die Jugendarbeit großenteils. Die Revolution führte uns mit einem Schläge Millionen neuer gefühlsmäßiger Anhänger zu. Sie zu bilden, fehlte es noch an Menschen und an Zeit. Erst am 22. März konnte der Parteivorstand ein kulturpolitisches Manifest schaffen, das mir übertragen wurde. Zunächst schufen wir für die Bildungsarbeit ein Mittelungsblatt, in dem wir die neuen Methoden der Bildungsarbeit darlegten. Durch die Revolution haben wir insbesondere zahlreiche Akademiker gefunden, die wir mit großer Freude begrüßten. Vor allem für sie brauchten wir sofort besondere Schulen und Kurse zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus, damit sie ihrerseits bald wieder lehren können. Aber auch die gesamte Partei muß sich geistig auf den neuen Zustand einstellen. Dabei wird unsere theoretische Auffassung mancher Korrekturen erfahren müssen; aber im großen und ganzen ist und durch den Krieg doch gewaltig befestigt worden, daß nur unsere Anschauungen zur Sicherung der revolutionären Erwerbungschaften zur inneren und äußeren Erneuerung der Welt, zur Aktionsfähigkeit der Internationale und zur Wiederaufrichtung des deutschen Volkes führen können. Unsere Jugenbewegung litt nach der Revolution neben den vielen äußeren Umständen auch unter dem Verlust Eberts, des Vorsitzenden der Zentralstelle. Erst allmählich kam die Bewegung wieder in Fluß.

Anträge zur Förderung der Bildungsarbeit und Richtlinien für die Jugendbewegung liegen dem Parteitag vor. Die Jugendbewegung ist und bleibt ganz wesentlich eine Sache der Erziehung nicht der Politik. Alle Jugendlichen sollen vereinsmäßig zusammengeführt werden und die Jugendvereine sollen einen Verband der Arbeiterjugendvereine bilden. Sie sollen alle Jugendlichen von 14-20 Jahren umfassen und zwar in zwei Abteilungen von 14-17 und 17-20. Erst mit 20 Jahren soll der Zwang zur Organisation eintreten. Unsere Jugend hat durch den Krieg körperlich und geistig schwer gelitten. Wir müssen alles daran setzen, daß sie sich wieder herausfindet. In den sozialistischen Lehrern haben wir jetzt dafür befähigte Kräfte. Wir werden ihnen ihren Zusammenstoß auf paritätischer Grundlage nicht. Aber wir wünschen ihren Beitritt zur Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die weiter nichts sein soll, als eine Zusammenfassung von Parteigenossen, die für bestimmte Aufgaben besonders geeignet sind. Das kann besonders wichtig für die Landarbeit werden, die von den örtlichen Autoritäten vielfach schon wieder bedrückt und gequält werden. Ihnen muß die Organisation der sozialdemokratischen Lehrer eine Stütze sein. (Beifall.)

Brühne gibt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Kontrollkommission. Beschwerden der Parteigestellten auf Rückzahlung der Abzüge des Jahres 1914 sind im Sinne der Beschlüsse erledigt worden. Die Kommission hat alle Reklamen geprüft und in Ordnung befunden und beantragt Entlassung des Vorstandes.

Adolf Schulz berichtet die Pressefragen. Seit der Revolution sind 24 neue Parteizeitungen gegründet worden. Im ganzen verfügt die Partei jetzt über 95 Tageszeitungen und über rund 2 Millionen Abonnenten. Gegen das Vorjahr ist das eine Steigerung von mehr als 100%. Im Vergleich zur Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Nationalwahlen aber ist die Zahl der Leser noch sehr gering. Vielfach wird von den Beförderern schon wieder gegen die sozialdemokratische Presse gearbeitet. Sie hat mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen als jede andere Presse. Unter der Papiernot leidet sie am meisten (Zuruf: Man sozialisiere die Papierfabriken). Wir können uns die heutige Art der Papierverteilung nicht länger gefallen lassen. Die Unabhängigen haben genug Papier, unsere Anträge auf Änderung der Verteilung aber sind abgelehnt worden. (Hört, hört.) Dabei ist Papier im Schleichhandel in großen Mengen zu haben. Die Generalanzeigerpresse hat sich auf Wochen und Monate eingedeckt. Man beschlagnahme diese Vorräte und kontrolliere die wenigen Papierfabriken genau. Jedenfalls erheben wir Einspruch gegen die schreiende Ungerechtigkeit der heutigen Verteilung. Vor leuchtendsten Neugründungen von Zeitungen warnen wir. Man begnüge sich zunächst mit Kopfbülleten. Das beste ist, wenn bürgerliche Zeitungen übernommen werden, selbstverständlich nicht im Wege der Beschneidung (Gehtertelt), sondern durch friedliche Verhandlung. Wenn wir auch darauf verzichten müssen, durch ordinäre Sensation Leser zu werben, so müssen wir doch größtes Gewicht auf geistliche Aufmachung legen. Unser Nachrichtenblatt liegt vielfach noch im Urge. Der Unterhaltungsstil muß ausgebaut werden. Die „Gleichheit“ erhält jetzt eine Wochensilage. Das wird ihr hoffentlich viel neue Leserrinnen bringen. Unsere Parteipresse ist die beste Waffe im Kampf der Geister sie muß nach Möglichkeit schneidig und wirksam sein. (Beifall.)

Ein Geschäftsbearbeitungsantrag fordert für den Fall, daß die Nationalversammlung nach in dieser Woche einberufen wird, die Vertagung des Parteitages nach einem anderen Saal oder einer benachbarten Stadt (Zuruf: In Jena). Jedenfalls dürfe nichts durchgefallen werden. — Vorsitzender Schulz: Davon kann gar keine Rede sein. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß wir bis Sonntag hier werden lagen können. Sollten sich Schwierigkeiten auf außerpolitischem Gebiet ergeben, so werden wir den Parteitag rechtzeitig benachrichtigen.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht beginnt. Eingezogen sind bis jetzt 70 Redner. Zunächst wird über die allgemeinen politischen Fragen gesprochen, d. h. Stellung zur Regierungspolitik, Schulfrage, Demokratisierung, Einigungsfrage, Stellung zu den Freiwilligenkorps usw. Dann soll über Organisation, Agitation und Presse besonders gesprochen werden.

Groger-Frankfurt a. M.: Das Wachstum der Partei ist recht erfreulich, aber wir müssen die neuen Mitglieder nun auch zu wirklichen Sozialdemokraten machen. Daß das nicht immer geschieht ist, daran tragen auch wir mit Schuld. Vorstand und Regierung haben vielfach die Massenphobie nicht genügend beachtet. Die einige große deutsche Republik haben wir nicht bekommen.

Landrichter Gress-Weß: Das Kernproblem ist die Stellung der Partei zum Sozialismus. Die Frage ist nicht, ob wir den Sozialismus überhaupt wollen, sondern ob wir ihn jetzt wollen. Da dürfen wir nicht in wirtschaftlichen Betrachtungen festhängen. Sondern müssen psychologisch tief eindringen. Der Sozialismus ist leichter durchzuführen, wo nicht Not und Elend herrscht. Der Krieg hat unter dem Schlagschlag des Patriotismus die Widerer und Ausbeuter, die Schieber und Betrüger bloßgestellt. Das Volk hat jedes Vertrauen zum Kapitalismus verloren. Nur Arbeit kann uns aber retten. Sie ist unser einziges Kapital. Deshalb brauchen wir das Parlament der Arbeit neben dem Parlament der Demokratie. Neben dem Parlament der Kultur das Parlament, das den sozialistischen Staat heraufzuführen.

Leutert-Hamburg: Die deutsche Revolution leidet unter dem furchtbaren Schicksal des Vordemokratischen. In diesem Krieg hat das Proletariat infimtmäßig ohne Führung und Anleitung, seine historische Mission erfüllt, die Freiheit, das gleiche Recht aller gegen die Diktatur zu schützen. In Hamburg begann die Revolution mit schweren Vergewaltigungen von Partei- und Gewerkschaften. Angerufen haben die Arbeiter sie wieder befreit. Und die Revolution vor Selbstvernichtung durch Ueberadulismus geschützt. (Beifall.) Jetzt muß diese Freiheit und Gleichheit auch in der Verwaltung durchgeführt werden. Wir brauchen neue Beamte, die dem Volkswillen entsprechen. Auch in der Einigungsfrage brauchen wir ein entschlossenes Bekenntnis zur Demokratie. Nur auf diesem Boden kann die Einigung erfolgen. Dem bloßen Einigungsrundel heggen wir mit Mächtig. Inz durch die Demokratie geht es vorwärts zur Gerechtigkeit für das Proletariat. (Beifall.)

Wolff Braun-München begründet einen Antrag zur Einigungsfrage. Der Antrag erklärt die Bereitschaft der Partei, in Verhandlungen zur Einigung mit der U. S. P. auf der Grundlage des Erfurter Programms einzutreten, sobald die U. S. P. den Grundgedanken der Demokratie rückhaltlos anerkennt und jede Gemeinshaft mit der mit den Mitteln des Büschismus und unter Vertiefung aller demokratischen Grundgedanken wirkenden Kommunismus aufgegeben haben wird. Wenn das Erfurter Programm anerkannt wird, besteht für die Fortdauer der Parteipaltung kein Grund mehr. Ob wir während des Krieges immer richtig gehandelt haben, kann dahin gestellt bleiben. Jetzt müssen wir alle in die starken nationalen Töne von Weis einstimmen. Wir müssen die Reste des wilhelminischen Patriotismus und des altheutschen nationalliberalen, kapitalistischen und imperialistischen Nationalismus gerschellen an dem nationalen Willen der deutschen Sozialdemokratie (Stürmischer Beifall.) Der Verfall der Friede rechtfertigt die deutsche Kriegspolitik so wenig, wie der Vorkrieg Friede die Mobilisierung des russischen Heeres. Aber lassen wir das alles beiseite und denken wir nur an das, was die Einigung fochert. Meine Hoffnungen auf Einigungen sind leider sehr gesunken. Die Kommunisten wollen sich weder mit uns noch mit den Unabhängigen vereinen. Deshalb ist der Antrag Jena unmöglich, der diese Einigung fordert. (Zuruf des Jenaer Vertreters: Wir fordern eine neue Partei.) Vielleicht eine Partei von den Weiden, die während des Krieges der Partei den Rücken gekehrt haben und

jetzt allein darüber sachverständig sind, was der Partei nützt. (Gehtertelt und sehr gut.) Die Spaltung der Partei während des Krieges war begründet, ihre Fortdauer jetzt aber ist unbegründet. Sie wird sich an den Zerplitterungen ein bißchen rächen. Links von uns gibt es keine politischen Parteien, es sind Gruppen, die sich untereinander erbittert bekämpfen und nur im Haß gegen die Unabhängigen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen. Mit dem Lumpenproletariat, das sich an die Kommunisten hängt, haben wir nichts gemein. Bei den Unabhängigen aber gibt es. Wenn wir uns mit dem einen Flügel verständigen, über der andere zu den Kommunisten gehen. Wir wollen der Einigung freudig dienen und diesen Parteitag wie unser ganzes Wirken mit dem Geist der Einigung erfüllen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Boerschmann-Barmen: Wenn wir so weiter Politik treiben, verlieren wir den Boden unter den Füßen. Unzufriedenheit, Unsicherheit, Ziellosigkeit und Angst vor der Zukunft, damit verbunden trauriger Egoismus, gefährliche Schwächen jeder Solidarität, allgemeine Mißachtung der Gesetze und mangelhaftes Verantwortlichkeitsgefühl greifen immer mehr um sich. Der Endkampf zwischen Kapitalismus und sozialer Revolution knüpft sich an. Unsere Sympathie gilt Rußland und Ungarn. Wir brauchen nicht die Mädelitatur, aber wir müssen die Welt von unserem ethischen sozialistischen Werten überzeugen. Die Lage hat uns ummachtet, jetzt ist die Zeit der Wahrheit gekommen. Seien wir wahr gegen uns und gegen die ganze Menschheit, dann werden wir siegen. (Beifall. — Gehtertelt.)

Dittmer-Berlin: Wir wollen lieber etwas stärker kritisieren, als noch mehr Anhänger zu verlieren. Die Unabhängigen üben gewiß ungeheuren Terrorismus, aber das deshalb die ständige Besessung von Weis gegen sie nötig? (Zuruf: Sehr nötig!) Wir müssen aus der unheilbaren Lage mit der Einigung herauskommen. Bei den Unabhängigen dämmert es schon, sie sind auf dem Wege zur Umkehr. (Widerspruch.) Die Regierung hat vielfach zu spät eingegriffen. Die Berliner Parteigenossen fordern einmütig die Aufhebung des Belagerungszustandes. Wir billigen, daß gegen Gewalt von links Gewalt gesetzt wird. Aber wir dürfen nicht gewalttätig sein. Wir brauchen eine neue Aktivität, um vor der Zukunft zu bestehen. Der Parteitag muß unsere Mitglieder in der Regierung beschäftigen, ihre ganze Kraft an eine gründliche Umgestaltung zu setzen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsführung:

Davidsohn: Die Massen fordern die Einigung. Dieser Saal dürfen wir nicht ohne sie bei Fuß zusehen. Die Führer dürfen für die Einigung kein Hindernis sein. Wir haben in den letzten Monaten gerade genug von Klerikern an Aemtern erlebt. (Murmur.) Es heißt: Moske oder die Partei, dann muß Moske eben gehen (Lärm). An dem Erfurter Programm halten wir fest. Aber es hätte schon viel mehr erfüllt werden können. Gerade deshalb sind die Arbeiter so unzufrieden. Es fehlt wirklich nur noch der Überorden. (Gehtertelt.) Gewiß darf die Sozialdemokratie sich nicht von der Arbeiterkraft trennen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, daß die Arbeiterkraft sich nicht von der Sozialdemokratie trennt.

Moske: Es wird nicht an Aemtern gefehlt, wohl aber in geradezu einschüchternem Umfang nach Aemtern getrebt. Es ist wirklich kein Begnügen seinen anständigen und ethischen Namen Tag für Tag durch alle Gassen schleppen zu lassen. (Sehr richtig.) Die Arbeiter sind enttäuscht, aber die Früchte der Revolution auf wirtschaftlichem Gebiet reifen nun einmal nicht in wenigen Monaten. Politisch aber ist mehr erreicht, als was die deutschen Arbeiter für die nächsten 20 Jahre klarer erhofft hatten. (Sehr richtig.) Man hätte sich vor unerfüllbaren Forderungen und dergleichen, daß Deutschland bankrott ist. Welche Gelehrten sollen denn gefürchtet werden? Wiespiel Beamte verdienen überhaupt mehr als 7-8000 Mark? Sollen wir die Ministerialdirektoren etwas schärfer bejahren als die Portiere. Man verschone uns mit solchen Kapitulationsparolen. Auch ich bejaure, daß wir von den Massen haben Gebrauch machen müssen. Aber die Gegenseite hat angefangen. Unsere Genossen sollten sich nicht durch jeden Spektakel der Unabhängigen einschüchtern lassen und mehr Courage zeigen. Ich habe nicht das Gefühl, hier als Angeklagter zu stehen. (Sehr richtig.) Bei den Freiwilligenkorps wird viel zu sehr verallgemeinert. Gewiß, böse Dinge sind vorgekommen. Aber in allen diesen Fällen wurde mit Nachdruck eingegriffen und die Truppe ist immer besser und mannschaftlicher geworden. (Sehr richtig.) Wir dürfen niemals dergleichen, daß wir diesen Freiwilligen zu danken haben, daß Deutschland den Chaos entgangen ist. Mander brave Soldat hat dabei sein Leben lassen müssen. Wir mühten in Berlin unsere Arbeit verrichten, während vor unseren Fenstern die Maschinen gewöhne knatterten. Das Berliner Militär oder erklärte sich für neutral. (Hört, hört.) Ich habe damals zugegriffen, obwohl ich wußte, daß ich als Blutsund durch die deutsche Revolution geschickt werden würde. In jenen Tagen mußte ich die Freiwilligenkorps mit dem Boden kämpfen. In Berlin rückte sich keine Hand, deshalb mußte ich nach auswärts gehen. Ich konnte die Leute auch nicht nach der Stimmung fragen, sondern mußte froh sein, wenn überhaupt welche kamen. Natürlich hat das Zuschlagen Opfer gefordert. Aber wenn ich damals nicht zugeschlagen hätte, dann hätten wir keine Nationalversammlung bekommen und hätten diesen Parteitag nicht. (Sehr richtig.) Wenn Auer nicht dergleichen wird, dann spricht sich zwei bis drei Tagen kein Mensch mehr davon. Der Wortschlag läuft noch heute frei herum. (Hört, hört.) Drei Tage nach der Hinfälligkeit Neuringen wurde unsere Presse verstimmt. (Hört, hört.) Wo ist die Entrüstung, wenn in einer Stadt nach der anderen die Gefängnisse gefüllt und Augen von Schwerverbrechern befreit werden? Man trinit darüber eine kleine Notiz unter Vermittlung. Aber über Rogels und Marcks flucht gerät unsere Parteipresse in bester Entrüstung und ihre Redakteure können wochenlang nicht schlafen. Natürlich ist in diesen Fällen sofort durchgegriffen worden. Aber nach 4 1/2 Jahren Krieg und einer Revolution kann man aus Soldaten nicht sofort ein Gemisch von sozialdemokratischem Parteiführer und einem Engel machen. (Stürmischer Gehtertelt.) Duhende von Offizieren und hunderte von Mannschaften sind entlassen worden, weil sie über die Strafen geschlagen haben. Wird einmal kräftig zugepackt, so wird Peter und Nord geschrieben über das alte militärische System. Die Truppen sind nicht reaktionär, das neue Heer wird demokratisch sein. Aber auch das läßt sich nicht von heute auf morgen machen. Man darf über die Freiwilligen nicht alles glauben, was berichtet wird. Sie führen kein Schlemmerleben, und sie haben es wirklich nicht nötig, sich von jedem Reden bescheiden und beschimpfen zu lassen. Wenn sich ein temperamentvoller Freiwilliger dagegen zur Wehre setzt, so ist das verständlich. Die Militärjustiz wird jetzt restlos beseitigt werden. Eine politische Tätigkeit in den Kasernen ist unmöglich. Nebenbei suchen gerade jetzt die Unabhängigen die Freiwilligen für sich zu gewinnen. Sie wollen die Regierung fürzen und sich dann mit Hilfe der Freiwilligen halten. (Hört, hört.) Mit meiner Kenntnis haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Offizieren in leitender Stellung und führenden Unabhängigen stattgefunden, bei denen den Offizieren Kargemacht werden sollte, daß sie eine patriotische Pflicht erfüllen, wenn sie mit den Unabhängigen ginen. (Hört, hört.) Diese Unterhaltungen haben stattgefunden mit Führern der Gardeabteilung-Schützenbataillon. Der ehemalige Vorkommandant Vark hat zu seinen Bistolen kein redliches Vertrauen mehr, es gelüftet ihn jetzt nach meinen Kanonen. (Hört, hört.) und große Gehtertelt. Am letzten Samstag hat er drei Stunden darauf verwendet, den Führer der Gardeabteilung-Schützenbataillon davon zu überzeugen, daß er mit seiner Kruppe den Unabhängigen dienen mühte, wenn dem-

nächst die Regierung gestürzt würde. (Lebh. Hört, hört.) Ich erjuche meine Parteigenossen, sich an politischer Einsicht von den Unabhängigen nicht allzu überheben zu lassen. Nach sind wir im Amt, nicht weil es uns Bequemen macht, wohl aber weil wir die Hoffnung haben, Deutschland und das deutsche Volk aus dem Elend herauszuführen und deshalb harren wir aus! (Wohlfahrt Beifall und Handclatschen.)

Stelling-Lübeck: Ich war ein Gegner von Moske Aber was er gesagt, ist absolut richtig. Die Regierung konnte keinen anderen Weg gehen. Alle Unzufriedenheiten sollten allerdings bekämpft werden. Die Todesstrafe muß abgeschafft werden. Toller darf unter keinen Umständen hingerichtet werden (Zustimmung). Wie konnten Sozialdemokraten ein Todesurteil befähigen? Wir müssen immer wieder die Hand zur Einigung ausstrecken. Die Arbeiter sind unzufrieden, weil sie vielfach in der Revolution eine Lohnbewegung sahen. Eines müssen wir allen unseren Mitarbeitern zuerkennen: den ersten Willen, Deutschland nach besten Kräften zu dienen. (Beifall.)

Rahl-Ludwigshafen: Die größte Unzufriedenheit besteht bei denen, die erst im November in die Partei eingetreten sind. Manche wollten für 15 Bg. Wochenbeitrag gleich ein Ministeramt haben. Die Demokratisierung aber kamte rascher vor sich gehen. Die Kräfte haben wir. Lieber ein paar Verwaltungstechnische Fehler machen, als den alten reaktionären Landrat behalten.

Stabbe-Hamburg: Die Unzufriedenheit in den Massen ist groß, weil sich die Hoffnungen nicht erfüllt haben, die die Revolution ermed hat. Wir hätten längst in bürgerliche Regierungen einzutreten sollen, um das Regieren kennen zu lernen. In den Freistaaten ist die Demokratisierung solange schwer durchführbar, solange nicht die Reichsregierung fertig ist. Die breiten Massen wünschen, daß für die Einigung mehr getan wird.

Krüger-Potsdam begründet eine Entschließung über die Freiwilligenkorps, in der den sozialdemokratischen Arbeitern der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch zu geringen Beitritt eine einseitige Zusammenziehung dieser Korps verjauldet haben. Unter Zurückstellung aller Ausführung der Freiwilligenkorps werden einseitige und feste Maßnahmen gegen jeden Mißbrauch der militärischen Gewalt gefordert. Der Antrag erhebt eine Beforderung vor allem von der weitestgehenden Demokratisierung des Offizierskorps und von dem Eintritt sozialdemokratischer Mitglieder in die Reichswehr. Krüger stimmt den Ausführungen Moskes wortwörtlich zu. Keine Regierung kann ohne genügende Nachtmittel auskommen. Die Unabhängigen und Kommunisten haben kein Recht auf Revolution. Die Unabhängigen treiben einen unerbörten Schwindel gegen die Freiwilligen. Sie schätzen Eichen und verhandeln jetzt heimlich mit der Gardeabteilung. Sie sind elende Heuchler. Sie wollen die Einigung gar nicht, das zeigt ihr Verhalten in den Gewerkschaften und in den Sportvereinen. Wir dürfen den Stimmungsmarsch nach links nicht mitmachen. (Zustimmung.)

Franz-Waldenburg: Zur Einigung brauchen wir ganz andere Taten auf beiden Seiten. Unsere Politik müssen wir reilos auf unser Programm einstellen. Sie konnte danach ein Todesurteil bejähigt werden? Wir haben zu wenig sozialistische Taten. Auf dem Ernährungsgebiet haben wir geradezu danklos erklärt. Die Regierung kann sich selbst schützen, wenn sie Taten vollbringt, die das Proletariat verheißt.

Schiller-Hamburg: Auch bei uns herrscht in der Partei Unzufriedenheit. Ich erkenne die Arbeit unserer Minister durchaus an, aber es fehlt ihnen die Initiative. Je länger die Revolution dauert, desto größer wird die Gefahr, daß auch die einfachsten Errungenschaften verloren gehen. Die Revolution entpang leider der Verzweiflung, dem Hunger und dem Haß gegen den Militarismus, nicht der großen Leidenschaft für den Sozialismus. Die alte Geheimratswirtschaft besteht noch immer fort und stellt uns Handlähls bloß. (Zustimmung.)

Emmel-Wolpha: Die Einigungsverhandlung darf nicht der Parteivorstand führen, für sie muß eine besondere Kommission eingeführt werden. Bei der Schaffung eines Großbüdingens hält sich Preußen anständig an die alten Grenzen, die aus dynastischen Gründen festgesetzt worden sind. Die Hilfsaktion für die vertriebenen Eljah-Rohrbringer ist völlig ungenügend. Die Geheimratswirtschaft ist ein Skandal. Viele Geheimräte treiben geradezu Sabotage.

Sorich-Wreslau: Das Mißtrauen der Genossen gegen den Parteivorstand und gegen die neue Regierung ist tief. Was hat man nicht alles verprochen und wie wenig ist durchgeführt worden! Wenn Seine uns seinen neuen Geist bringen kann, soll er abtreten, und wenn die Ministerialdirektoren und Geheimräte dem neuen Geist nicht hereinkommen, soll er sie zum Teufel jagen. Wir verlangen sozialdemokratische Politik und keine Sänge- und Wüßgepolitik. (Beifall.)

Geine: Ich habe mein Amt wider Willen angenommen, weil mich die Reaktion von der Landesversammlung dazu zwang. Gewiß geht die Demokratisierung nicht schnell genug vorwärts, aber die Schuld liegt nicht an der preussischen Regierung. Ich habe ein umfangreiches Programm aufgestellt, das von den Fraktionen des Mittelkongresses und der Landesversammlung gebilligt worden ist. Aber solch Wertvoll läßt sich nicht im Handumdrehen durchzuführen. Ich warne dringend vor Ueberstürzung und schäbiger Arbeit. Vieles muß geändert werden. Aber dazu gehört Sorgfalt und Konzentration, sonst kommt nichts Rechtes heraus. Unsere Parteifreunde müssen selbst demokratische Politik machen, denn nur Unterdrückung kann von oben kommen. Freiheit kommt von unten. Jede Beschwerde wird nachgeprüft. Wo wird die Mehrheit nicht haben, müssen wir um sie kämpfen. So geht es nicht, wie mit einem Genosse schrieb: Die Demokratie wäre sehr gut, wenn wir überall die Mehrheit hätten. (Gehtertelt.) Die Demokratie gilt auch für die andern. Die Drohung mit dem Ueberlaufen zu den Unabhängigen bessert gar nichts. Wir müssen die Parteigenossen zum Verantwortlichkeitsgefühl erziehen. Ich habe mich nicht zu dem Ministeramt gedrängt und arbeite im schäblichen Tempo. Aber ich lasse nicht auf mir herumprügeln, denn suchen Sie sich einen andern (Wrao).

Die weitere Aussprache wird vertagt.

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß auf dem Parteitag 494 Mitglieder anwesend sind, davon 870 Delegierte, 48 Abgeordnete, 7 Mitglieder des Parteivorstandes, 5 Mitglieder der Kontrollkommission, 1 Referent und je 1 Vertreter des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der Organisationskommission. Unter den Delegierten befinden sich 45 Frauen. Die Mandate werden sämtlich für gültig erklärt. Ein Telegramm aus Oberösterreich protestiert gegen jede Auflösung dieses Gebietes von Deutschland. (Beifall.) Die Donnerstagssitzung beginnt mit den Reden Scheidemann und Duard Bernheim über die Aufgaben der Partei in der Republik und die auswärtige Politik.

Ultimatum der badischen Eisenbahnen an die Regierung.

Das Eisenbahn- und Betriebspersonal in Weis-Bea voldschöhe und Galtigen hat der Regierung in der Frage der Lebensmittelversorgung ein Ultimatum gestellt, das am Samstag, den 14. Juni 12 Uhr mittag ablaufen soll. Sollten bis dahin die Forderungen nach Besserstellung nicht erfolgt sein, so würde der gesamte Zugverkehr sofort lahm gelegt werden.

Aus der Partei.

Bruchsal, 13. Juni. Die Strömungen in der Sozialdemokratie und die politische Lage betitelt sich das Thema...

Langenfeld, 13. Juni. Heute Freitag Abend 9 Uhr findet im Gasthaus „Zur Sonne“ eine wichtige Parteiverammlung statt...

Gaggenau, 13. Juni. Arbeiterjugend (Freie Jugend). Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen...

Gaggenau, 11. Juni. Samstag, 14. Juni, abends 8 Uhr findet im Gasthaus „Zum babilischen Hof“ eine Kartellung statt...

z. Hohen, 12. Juni. Samstag, 14. Juni, abends 9 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Anker“ eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt...

Kommunalpolitik.

Bulach, 13. Juni. Bei der gestern abend stattgefundenen Bürgermeisterversammlung wurde der alte Bürgermeister mit 31 Stimmen wiedergewählt...

Gernsbach, 11. Juni 1919. Zu den Gemeinderatswahlen, die Sonntag den 15. Juni hier stattfinden, haben sich die politischen Parteien...

W. Konstanz, 12. Juni. Bei der heutigen Bürgermeisterversammlung wurde Dr. Wöhrle-Speyer zum Oberbürgermeister...

Rotensfeld, 11. Juni. Am Sonntag den 15. Juni finden die Wahlen zum Gemeinderat statt. Es ist Pflicht aller...

W. Konstanz, 12. Juni. Bei der heutigen Bürgermeisterversammlung wurde Dr. Wöhrle-Speyer zum Oberbürgermeister...

auch, die Säumnigen aufzuräumen, um zu zeigen, daß die Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist, sich fernere eine solche Behandlung gefallen zu lassen.

Das Zentrum schlägt wieder im Punkte Verleumdung und Gefährdung den Reform. So wird u. a. den Wählern plausibel gemacht, die Sozialdemokraten wollten den Landwirten den Gras...

Sehr zu bedauern ist, daß bei dieser Wahl wiederum ein Teil der Arbeiter sich trotz Revolution noch immer nicht entschließen konnte, in unseren Reihen zu kämpfen...

An unsere Leser! Wir sind heute wiederum genötigt, wegen des Raummangels sowohl den Leitartikel wie auch das Feuilleton und eine große Zahl Nachrichten und weitere Mitteilungen weglassen zu lassen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 13. Juni.

Das Sängerkonzert ein schändliches Vorkommnis. Diese kleine, aber sehr dreist auftretende Gruppe der heutigen Deutschnationalen und früheren Konservativen...

Die Freivolität dieses Sturmlaufes auf ein harmloses Konzert von Arbeitergesangvereinen kann kaum überboten werden. Wenn dieses Konzert gerade am 14. Juni stattfindet, also wahrscheinlich am Tage der Ueberreichung der Entente-Antwort...

Im übrigen zeigt diese sinnlose Verleumdung von Arbeiterveranstaltungen nur, welche Reueumwandlung sich die Konservativen noch immer erlauben. Die Karlsruhe Arbeiterschaft wird den vorlauten Herren die richtige und verdiente Antwort dadurch geben...

daß sie am morgigen Abend sich zahlreich in der Festhalle einfindet, um unsere rührigen Arbeiterkämpfer für ihre aufgewandte Mühe reichlich zu entschädigen.

Darlanden. Morgen Samstag Abend halb 9 Uhr findet im „Karlsruher Hof“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Es ist dringende Pflicht aller Genossen...

Konzerthaus, Freitag, 13. Juni, findet eine Wiederholung von der am vorigen Sonntag zur Aufführung gebrachten Operette: „Hohheit konig Wolger“ statt. Samstag, 14., und Sonntag, den 15. Juni, gelangt zum erstenmal die Operette „Wo die Berge singt“ zur Aufführung...

Berichterstatter für den Gesamtkreis: Hermann Winter; für den Angeigentheil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Letzte Nachrichten.

Ein neues Strafbereitschaftsurteil. M. M. München, 13. Juni. Vom Landgericht München wurde der ehemalige Student der Nationalökonomie Gustav Klingelhöfer aus Meß wegen Verbrechen des Hochverrats zu 5 Jahren 6 Monaten Festungshaft unter Annahme mildernder Umstände verurteilt...

Zur Errichtung einer rheinischen Republik. M. B. Berlin, 12. Juni. Der Reichspräsident des 8. A. hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten im Auftrage der rheinischen Truppenteile, die seit der Besetzung der Rheinlande durch unsere Gegner in Koblenz und Umgebung eine zweite Heimat gefunden haben, scharfen Protest gegen die Errichtung einer Republik der Rheinlande erhoben...

Verbandsangelegenheiten. Karlsruhe. (Freie Turner-Gesellschaft) Samstag abends 8 Uhr Spielerversammlung in der „Gambirushalle“...

Arbeiter-Abfahrtsverein „Solidarität“. Sonntag den 15. d. M. Ausfahrt nach Durlach zur Bezirkskonferenz. Abfahrt 8 Uhr vorm. vom Kriegereisenbahn. Ferner unsern Mitgliedern und auswärtigen Vereinen zur Kenntnis, daß sich unser Verein in Soltau auf heute ab in der „Gambirushalle“ (Kubmischplatz) befindet...

Stotterer 4228. Stimmkranke Redner Sänger. Alle wegen Ueberfüllung vorläufig Zurückgestellte, können die Kurse am 1. Juli beginnen. Neuanmeldungen erbitte ich ebenfalls möglichst zum 1. Juli, da ich mich in den Theater-Ferien ausschließlich dem Stimmunterricht widmen kann.

Kartonagen-Arbeiterinnen geübt, für dauernd gesucht. G. Liedgens & Sohn Scheffelstraße 53. 4180

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Opium Opium Opium Opium Opium Opium. Opium der Riesenerfolg heute letztmalig! Palast-Lichtspiele. 4159

Schöner Herd noch gut erhalten, zu verkaufen. Preis 40 Mark. Georg-Friedrichstr. 14, 5. Stod. 4178

Schöne braune Herrenstiefel jede Größe, sind eingetroffen bei Schölich, Akademiestraße 85, 2. St.

Email-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2306

Geschirr-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421. Herren-, Damen- und Knaben-Garderobe, Taschenuhren auch reparaturbedürftig laut An-u. Verkaufsgeschäft Levy, Markgrafstraße 22.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe. Todes-Anzeige. Wir benachrichtigen hierdurch unsere Mitglieder, daß unser Kollege Gustav Bissinger im Alter von 68 Jahren gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 1/8 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 4216 Um zahlreiche Beteiligung bitte! Der Vorstand.

Eltern die aus der Kirche ausgestreuen sind werden hiermit auf den freireligiösen Religionsunterricht aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 3-5 Uhr Kinderschule (Kriegstr.). Anmeldung daselbst, Zimmer 13, vor 8 Uhr. 1057

Reichsware! Herren-Stoffe für Anzüge u. Paletots Meter von 21. 2500 bis 4500. Nur gegen Bezugschein. Ferner: Graue Trikot-Hemden für Arbeiter Stück 21. 1400. Frauen- u. Kinder-Strümpfe von 225 bis 385. Gehrüder Strauß Steinstraße 23 II. Steinstraße 23 II.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“
Gau 22. Bezirk III.

Sonntag, den 15. Juni, vormittags 9 Uhr beginnend, findet in Durlach, Gasthaus zum „Goldenen Löwen“, Hauptstraße, unser

Bezirksstag

statt. Jeder Verein muß mindestens durch einen Delegierten vertreten sein, alles Nähere durch Rundschreiben bekannt.

Die Bezirksleitung.

Tages-Ordnung

zu der am **Dienstag, den 17. Juni 1919, vormittags 8 Uhr,** stattfindenden

Bezirksratsitzung.

Öffentliche Sitzung.
Verwaltungsfragen.

1. Besuch der Veria Hecker Ehefrau um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem Hause Schützenstr. 50 zur „Wilhelms-Höhe“ dahier.
 2. Besuch der Luise Fischer hier um Erlaubnis zum Ausschank von Bier und Weinen in dem alkoholfreien Kaffee Guttenbergstr. 1 zum „Guttenberg“ dahier.
 3. Besuch des Hermann Besemeister hier um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft zum „Hohenzollern“ in dem Hause Röhlingerstr. 60a dahier.
 4. Besuch des Karl Nagel in Hochstetten um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zur Krone“ in Hochstetten.
 5. Besuch der Ludwig Reinger Ehefrau, Philippine geb. Prager in Liebolsheim um Erlaubnis zum Betrieb eines Kaffees mit Weinausschank im Hause Friedrichstr. 88 in Liebolsheim.
- Nicht öffentliche Sitzung.
6. Landarbeitsordnung betr.
 7. Festsetzung der Gebühren der Sachverständigen für Wertrevisionen betr.
 8. Verbescheidung der Gemeinderrechnungen von Anie-lingen, Friedrichstal und Graben (1917), Lintenheim (1915 und 1916).
 9. Festsetzung von Unterstufungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften.
 10. Die Ernennung des Vorgesetzten und der stellvertretenden Vorgesetzten des Gewerbe- und Kaufmannsgericht in Karlsruhe.
- Karlsruhe, den 11. Juni 1919.
D. 3. 191 Bezirksamt. 4220

Kartoffel-Versorgung.

Von Donnerstag, den 12. Juni ds. Js. ab werden die Kartoffeln zum Preis **von 30 Pfg. für das Pfund** abgegeben. Die Kartoffel-Verkaufsstellen sind angegeben, zuerst die landüblichen Kartoffelmarken mit 25 Pfund für 8 Wochen einzulösen. Vom 16. Juni ab können die Restbestände markenfrei verkauft werden. Die Markeninhaber ersuchen wir wiederholt, ihren Bedarf bis zu diesem Zeitpunkt einzulösen, da nach Erschöpfung der Vorräte bis zur neuen Ernte keine Kartoffeln mehr abgegeben werden können.
Karlsruhe, den 12. Juni 1919.
Städt. Kartoffelamt. 4193

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Freitag, den 13. bis Montag, den 16. Juni 1919 in den Fettverlaufsstellen Nr. 275 und 276 an die dort eingetragene Kundenschaft gegen die Warenmarke J Nr. 113.
Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis M. 1.— für das Pfund.
Karlsruhe, den 12. Juni 1919. 4200
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

**Achtung!
Erdbeeren!**

Die Obstversorgung der Stadt Karlsruhe hat nunmehr begonnen. Es treffen täglich größere Sendungen Erdbeeren ein. Da bei der großen Hitze damit zu rechnen ist, daß die Saison der Erdbeeren baldigst vorüber ist, wird das pp. Publikum gebeten, den Bedarf schnellmöglichst einzudecken. Das Obst trifft täglich frisch ein und ist sowohl auf den Märkten wie in den Verkaufsstellen erhältlich. 4203

Karlsruher Großhandel in Obst und Gemüse G. m. b. H.
Büro und Lager:
Kriegstraße 5 a, alte Bahnpfost.

Gallensteine

seitigt schmerzlos innerhalb 24 Stunden unser unschädliches Gallensteinmittel „Benzamin“. Verlangen Sie gratis Prospekt Nr. 225. **Benners & Co.,** Remm.-Gef. AG, Salierring 55, Telefon B. 4229.

**Sängerbund Vorwärts
Lassalla Karlsruhe.**

KONZERT

Samstag, den 14. Juni
abends 8 Uhr, Saalöffnung 7 1/2 Uhr
im grossen Saale der Festhalle

Männerchor: 250 Sänger.

Direktion:
Herr **Willy Eißler**, Konzertmeister.
Herr **Arthur Herbold**, Chorleiter.

Mitwirkende:
Herr **Benno Ziegler**, Bariton.
Herr **Paul Trautvetter**, Cello-Solist.
Mitglieder des Landes-Theaters.

Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind im Vorverkauf in den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstr., Franz Tafel, Kaiserstr. 82a, in den Vereinslokalen „Auerhahn“, Schützenstr. 59 und „Grünwald“, Rappurstr. 9, in den Restaurationen „Grossherzog Friedrich“ (Röhrig), Veilchenstr. 9 und „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstrasse 13, sowie an der Abendkasse zu erhalten. Preis Mk. 1.50.

Für Mitglieder und deren direkte Angehörige werden Programme nur an der Kasse, Garderobe-Eingang, gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches zum Preise von 50 Pfg. abgegeben.

Nach Schluss des Programms **TANZ.**
Die Vorstände.
NB. Wir verweisen unsere Mitglieder auf die ihnen zugehenden Rundschreiben.

Friseurgehilfen-Verband Deutschlands
Zweigverein Karlsruhe.

Die neue Mode in Damenfrisuren
Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet im „Hotel Friedrichshof“, Karl Friedrichstr.

Grosses Schau-Frisieren
unter Mitwirkung erster Kräfte aus London und Paris statt.

Anschließend Abend-Unterhaltung mit Tanz.

Zu diesem „Schauwerte Publikum“ zahlreich zu erscheinen.

Besser als
gewöhnliche Bügel-Kohlen
ist
Glühstoff „Amor“

Zu beziehen durch
M. Stromeyer
Lagerhaus-Gesellschaft
Karlsruhe-Rheinhafen

Verein der Hundefreunde Karlsruhe e. V.
Hunde-Ausstellung (Schau)
Sonntag den 15. Juni d. J. im Städt. Schlachthof und Viehhof.

Jedermann kann anstellen!
Melbung bei Einlieferung von 8-11 Uhr vormittags. Standgeld M. 4.50, für Mitglieder M. 3.—. Eintritt 70 Pfg., für Mitglieder gegen Vorzeigung der Quittung 1919 frei.

Leitung: **J. Schmidt**, Sofienstraße 164.
Formulare zur Voranmeldung sind bei den Herren **Jul. Schmidt**, Sofienstr. 164, I, **Freiur. Stemmler**, Kreuzstraße und **Ga. Gaub**, zum „Georg Friedrich“, Georg Friedrichstraße, erhältlich. 4205

Häuser Herrensocken, neue Strohfäcke
nur prima Qualität
keine Ersatz-Ware

Arthur Baer
Kaiserstraße 133
Eing. Kreuzstraße, 1 Trepp.

Ein paar neue, solid gearbeitete Herren-Tourenstiefel (Handarbeit). Größe 42, sind umständehalber zum Preise von 90 Mk. zu verkaufen. Anzufragen zwischen 7 u. 8 Uhr abends. Morgenstraße 49 IV L. 4208

Tuch-Abfälle,
Lumpen, Flaschen, Metalle, Papier, Eisen- und Menschenhaare kauft

Fenerstein,
Walhornstraße 37,
Telefon 3431, 4110

Standesbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe.
Lobesfälle, Leo Homburger, Kaufmann, Ehemann, alt 60 Jahre. Oskar Henninger, Obergelehrer, Ehemann, alt 52 Jahre.

Badisches Landestheater.
Freitag, den 13. Juni 1919. 4214
Freitagsmiete Nr. 34.

Die verkaufte Braut.
Komische Oper in 3 Akten von K. Sabina. Deutsch von Max Kalbeck. Musik von Friedrich Smetana.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.
Freitag, den 13. Juni 1919. 4215

Hohheit tanzt Walzer.
Operette in 3 Akten v. J. Brammer und A. Grünwald. Musik von Leo Ascher.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Westendhalle-Mühlburg
Gaststätte der Straßenbahn Linie 1 u. 2.

Empfehle meinen großen prächtigen Garten nebst Kegelbahn und Saal zur Vermählung von Gartenfesten.
Stets einen ausgezeichneten Stoff Eimerbiere.
Bei der heißen Jahreszeit abends im Garten angenehmer Familienaufenthalt.

Kaver Marzluft.
4217

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Druckladen
Lieferung die Buchdruckerei Volksfreund

Reinigung der Wasserrohrstränge.
Vom Montag, den 2. Juni bis Samstag, den 14. Juni 1919, wird die mechanische Reinigung des Wasserrohr-Stranges, des vom Hochbehälter (Lauterberg) durch die Neue Bahnhofstraße, Zollstraße, Gartenstraße, Weinbrennerstraße, Poststraße bis zur Kaiserallee zieht, sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Ertränkungen des Wassers auch in entfernteren Hochleitungen nicht vermeiden; zeitweiliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen. 3974

Karlsruhe, den 2. Juni 1919.
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Werbestelle:
Freiwilliges Landesjäger-Korps
Werbestelle Durlach
stellt noch gediente Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge ein.
Außerdem Ungediente, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,66 m groß, 80 cm Brustumfang haben. Unkl. Erlaubnischein der Eltern mitbringen.
— Auskunft daselbst. — 3998
Geöffnet von 9-1 vorm., 2-6 Uhr nachm.

Fussballclub
Schwarz-ROXIBLau

Jeden Freitag Biertisch- und Spielerzusammenkunft im „Löwenrachen“.
Samstag, 14. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal

Ordentliche Generalversammlung mit hochwicht. Tagesordnung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
Sonntag, 15. Juni 1919, Sportplatz Fasnengarten

Verbandsspiel Germania Durlach gegen
F. C. Phönix
I. II. u. III. Mannschaft
Beginn 8 1/2, 9 und 10 Uhr vormittags.
IV. Mannschaft in Bruchhausen
Eintrittspreise einschl. Lustbarkelsteuer: Sitzplatz Mk. 2.—, I. Platz Mk. 1.50, II. Platz Mk. 1.—, Militär und Schüler die Hälfte. 4214

Der Vorstand.

Empfehle mich zum Ankauf von Offiz. Uniformen, Schusswaffen aller Art, Wäsche usw.

Gef. Angebot erbitte!
Weintraub's
An- u. Verkaufsgeschäft,
Kleopatrastr. 52
Telefon: 3747.

Andrauf umsonst bei Schwerhörigkeit
Überlöst, nervösen Überschaerung, unkl. taubend. nat. bewährt, patentamtlich geschützt.
Hörtrömmeln.
Bequem und unsichtbar zu tragen.
Glänz. Anerkennungen.
Sanis-Versand
München 26 b.

Plechtenleiden
dauernde Bes. durch deutsches Reichspat. Prosp. grat. 4058Z
Hermes-Versand, Stuttgart 201 a
Wächterstrasse 2.

Werbestelle:
stellt noch gediente Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge ein.
Außerdem Ungediente, die das 17. Lebensjahr vollendet, 1,66 m groß, 80 cm Brustumfang haben. Unkl. Erlaubnischein der Eltern mitbringen.
— Auskunft daselbst. — 3998
Geöffnet von 9-1 vorm., 2-6 Uhr nachm.